

dem aber wieder aufgenommen werden. Und zwar sollen nacheinander behandelt werden: die Getreidefrage, die Kartoffelfrage, die Versorgung mit Vieh, Fleisch und Fett, die Zuckerfrage, die Versorgung mit Obst und Gemüse, die Sicherung der zukünftigen Erzeugung, sodann Organisationsfragen und endlich die Fragen der Fischerei. Das sind nicht weniger als acht verschiedene Spezialgebiete. Rechnet man auf jedes dieser Spezialgebiete auch nur einen Sitzungstag, und das ist nach den Erfahrungen der früheren Jahre sehr gering gerechnet, so ergibt sich, daß selbst wenn an jedem Wochentage Sitzungen abgehalten werden sollten, diese Erörterungen keinesfalls vor Sonnabend, den 10. November, zum Abschluß kommen werden.

Nun sind wir gewiß mit einer möglichst gründlichen Erörterung der Ernährungs- und Heizungsfragen durchaus einverstanden. Worauf es uns aber hier ankommt, das ist der enge Zusammenhang der Erledigung dieser wirtschaftlichen Fragen mit der Wahlrechtsfrage. Es besteht nämlich in den Kreisen der Mehrheitsparteien der dringliche Wunsch, mit der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage keinesfalls früher zu beginnen, bevor nicht die wirtschaftlichen Fragen sowohl in der Kommission wie auch im Plenum des Abgeordnetenhauses vollständig durchberaten sind. Da aber das Plenum des Abgeordnetenhauses angeht, so ist es sehr wahrscheinlich, daß allererst frühestens im letzten Drittel des November die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage stattfinden kann. Vorausgesetzt natürlich immer, daß sich die Herren Konservativen, die im Abgeordnetenhause, wie man weiß, den Ausschlag geben, bis dahin dazu bereit finden. Es besteht bei ihnen nämlich, wie schon kurz berichtet, der lebhafteste Wunsch, zwischen die Einbringung der Vorlage und ihrer ersten Lesung mehrere Wochen Zwischenraum zu legen. „Grund“: sie müssen sich erst mit ihren Freunden im Lande ausgiebig über die drei von der Regierung bedauerlicherweise zusammengefügten Vorlagen (Wahlreform, Neueinteilung der Wahlkreise und Herrenhausreform) beraten. Da nun mit der Einbringung der Vorlage selbst nach den neuesten Erklärungen der Regierung leider vor Mitte November kaum zu rechnen sein wird, so kann statt des letzten Novemberdrittels auch das Dezemberdrittel herankommen, bevor man überhaupt auch nur zur ersten Lesung im Plenum gelangt. Dann aber wäre, da Mitte Dezember die Weihnachtsferien beginnt, vor Anfang Januar 1918 mit dem Beginn der Kommissionsverhandlungen nicht zu rechnen. Erst dann aber wird bei der zweiten Lesung im Plenum der eigentliche parlamentarische Kampf um die Neugestaltung von Abgeordnetenhause und Herrenhaus beginnen. Denn man weiß, daß — nach der Verfassung — eine ganze Reihe von Abstimmungen nach drei Wochen noch einmal wiederholt werden muß, daß erst dann alle drei Vorlagen ins Herrenhaus gehen können, dessen Beratungen gleichfalls monatlang dauern können, und daß bei der Vornahme auch nur geringfügiger Änderungen die Vorlagen von Herrenhause noch einmal an das Abgeordnetenhause zurückgehen müssen, so kann man sich ungefähr ausmalen, bis zu welchem nebelhaft fernem Zeitpunkt die preussische Reform verschleppt werden kann. Und sie wird auch bis zu diesem nebelhaft fernem Zeitpunkt, bis weit über das Kriegsende hinaus, verschleppt werden, wenn das preussische Volk das zuläßt. In ihm selbst liegt die Entscheidung.

Eine Verständigungsformel des Stockholmer Ausschusses.

Der holländisch-kanadische Ausschuss in Stockholm hat ein Manifest an die Sozialisten aller Länder ergehen lassen, das die Ergebnisse der Konferenzen zu einer mittleren Formel zusammenzufassen sucht, um eine Basis für Friedensverhandlungen zu schaffen. Der deutsche Wortlaut dieser Kundgebung, die von den Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet ist, liegt uns noch nicht vor. Wir sind zunächst auf einen Text angewiesen, der dem „Berl. Tagbl.“ aus dem Haag übermittelt worden ist. Danach betont das Manifest, die Welt scheine endlich begriffen zu haben, daß das System der Gewalt vor dem System des Rechts verschwinden müsse, und aus dem Gleichgewichtszustand der militärischen Mächte folge, daß der Friede morgen nicht durch einen Sieger oder einen Besiegten erzielt werden könne, es sei denn ein Verständigungsvertrage. Die Lösung der nationalen Fragen dürfe den Friedensschluß nicht verzögern; für ihre Lösung könne eine Kommission eingesetzt werden, die zur Folge hätte, ein internationales Institut zur Lösung derjenigen Fragen zu errichten, die bei den Friedensverhandlungen nicht gelöst werden könnten. Der Grundgedanke müsse sein: keine Annexionen, sondern Räumung aller besetzten Gebiete in Europa und den Kolonien und Rückertattung dieser Gebiete an diejenigen Staaten, die sie vor dem Kriege besessen haben. Die besonderen Bedingungen lauten:

„Vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung von Belgien und kulturelle Selbständigkeit für Flandern und Wallonien. Vergütung aller Steuern und Beschlagnahmen, die im Widerspruch mit den internationalen Rechten stattgefunden haben; die Lösung der elsaß-lothringischen Frage kann durch eine Abstimmung, an der die Wähler teilnehmen, die dauernd in diesen Ländern wohnten, oder die während des Krieges das Gebiet verlassen mußten, und zurückkehren verlangen, herbeigeführt werden; Garantien für eine freie Abstimmung müssen gegeben werden. Wiederherstellung der Unabhängigkeit Serbiens, das sich mit Montenegro vereinigen soll; Serbien soll mit Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Meer haben; die südlawischen Völker müssen über eine völlige Freiheit unter wirtschaftlicher Aufsicht verfügen und sollen zu einem einzigen, verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Bezirk vereinigt werden; Vereinigung aller bulgarischen Elemente mit dem Mutterlande; Errichtung eines freien, unabhängigen Volkes unter Garantie der wirtschaftlichen Entwicklung und für Autonomie der jüdischen und anderer Minoritäten; territoriale Unabhängigkeit der Nationalitäten in Rußland im Rahmen der föderativen Republik unter Garantie für die Rechte der Minoritäten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereinigt werden soll; Lösung des baltischen Problems in dem Sinne, daß die baltischen Staaten bilden und mit Österreich-Ungarn in einem bundesstaatlichen Verhältnis stehen; freundschaftliche Lösung der Frage von Nordisch-Sibirien durch ein Uebereinkommen zwischen den daran interessierten Staaten auf der Basis einer Grenzregulierung im Einvernehmen mit den Bewohnern; territoriale Wiederherstellung

von türkisch Armenien und Garantien für eine Weiterentwicklung; internationale Lösung der jüdischen Frage, vollständige Selbständigkeit der Juden in Rußland, in Österreich, Rumänien und Polen, wo Juden in dichten Massen wohnen unter Protection der jüdischen Kolonisten in Palästina.“

Stockholm, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das heute erschienene Manifest des holländisch-kanadischen Ausschusses wird als logischer Abschluß des den Separatkonferenzen zugrunde liegenden Fragebogensystems wie dieses selbst beurteilt, wobei kritische Stimmen meinen, daß der Ausschuss an der wichtigsten Frage, nämlich, wie die sozialistischen Parteien praktisch die Friedensaktion durchführen sollen, vorbeisehe. Ob das Einzelprogramm, welches einestels aus der Kriegskarte den Status ausfordert, anderenteils Korrekturen der europäischen Landkarte und innerer staatsrechtlicher Verhältnisse gemäß dem Nationalitätenprinzip vorsehe, weiter führt, als die allgemeine Sowjetformel, wird besonders von jenen bezweifelt, welche geltend machen, daß die Kraft der Internationale bisher nicht ausreichte, Pässe abzuwürgen, und daß derzeit nur die russische Demokratie, welche ihren Delegierten zur Entente-Konferenz mitsendet, direkten Einfluß auf diplomatische Unterhandlungen ausübt. Die gute Absicht des mit Wärme vorgetragenen Manifests wird nicht bestritten, aber es scheint unsicher, ob die Festhaltung einer mittleren Formel der Enttäuschung weiter Arbeiterkreise über diesen Abschluß des ersten Abschnitts der Konferenz vorbeugen wird und die Gefahr auswiegt, daß die Differenzen zwischen den nationalen Parteien und innerhalb derselben unterstrichen werden.

„Bis zur Wiederkehr Elsaß-Lothringens“.

Die Dienstagabstimmung in der französischen Kammer war für Poincaré unglücklich ausgefallen; zwar war eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für ihn, aber nicht die absolute Kammermehrheit: 115 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten und so eine Neutralität geübt, die nicht freundlich genannt werden kann. So mußte dem Ministerpräsidenten eine neue Debatte willkommen sein, bei der er klipp und klar ein Vertrauensvotum der Kammer fordern konnte. Und es kann dem Sitzungsbericht schon die Bemerkung vorausgeschickt werden, daß Poincaré wenigstens nach außen hin einen vollen Erfolg erzielt hat. Der Kammer lag eine Interpellation des Republikaners Ribiere über die allgemeine Politik vor.

Poincaré begann, indem er erklärte, die Debatte müßte eine Entscheidung herbeiführen, die es der jetzigen Regierung ermögliche, sich zu vergewissern, ob die Kammer ihr Vertrauen zur Regierung weiter beibehalten werde, die ihr Werk im Sinne des Willens der Kammer fortsetzen will. Ich bin überzeugt, fuhr er fort, daß die Alliierten den Sieg in den Händen halten, wenn sie sich disziplinieren und alle Anstrengungen machen. Aber es sei mir erlaubt, daran zu erinnern, daß vor einem Monat alle Fragen als höchst dringlich auftraten: unsere Ernährung und die Transporte zur Organisation unserer Front, wegen der Ereignisse in Rußland und verdrängender Zustände in gewissen Zweigen der Industrie, die sich auf den Krieg beziehen. Alle diese Probleme standen wie eine hungrige Meute der Regierung gegenüber; aber dank der Einigkeit aller Minister konnte die Regierung den sehr schwierigen Umständen die Stirn bieten. Poincaré wiederholte darauf die Kriegsjahre Frankreichs, die ausschließlich Wiederherstellung seines Rechtes seien. Weiter sagte er: Ich habe es gesagt, wie auch der Ausgang der Schlachten sei, wir müssen den Krieg

bis zu dem Tage der Wiederkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich weiterführen. Wir können nur bei entlassungsloser Anständigkeit darauf verzichten. Wir müssen Krieg führen mit allen Mitteln und alle Hilfsmittel der Verbündeten gemeinsam ausnützen, um ihre Ziele zu erreichen und damit Elsaß-Lothringen zurück zu Frankreich. Er spielte dann an auf die Gerüchte, welche über die Wehrminderung umliefen, und erklärte, daß die Regierung niemals Gelegenheit gehabt habe, den Gedanken eines Sonderfriedens zurückzumeinen. Dieser hat sich niemals gezeigt. Der Redner wiederholte sodann den Wortlaut der ministeriellen Erklärung über die Kriegsdauer: „Nicht eine Stunde länger, aber auch nicht eine Stunde zu früh.“ Wenn wir getrennt marschieren, würde das Ziel, das wir verfolgen, weit entfernt sein. Das Zusammenarbeiten unserer englischen Freunde mit uns ist genau festgelegt. Jetzt finden weitere Verhandlungen zum Zweck der Ausdehnung der englischen Front statt. Sonnabend war ich in London, als Kühnmann sagte, daß niemals ein Zoll deutschen Bodens abgetreten werden würde; dies war die Forderung in der elsaß-lothringischen Frage. Lord George gab

zum erstenmal eine förmliche Erklärung ab und antwortete Kühnmann mit einer anderen, einer edelmütigen Forderung, indem er erklärte, England würde an der Seite Frankreichs stehen, bis Frankreich Elsaß-Lothringen bedannet hat werden. Am folgenden Tage gaben die Vereinigten Staaten die gleiche Erklärung ab.

Poincaré befahte sich sodann mit der inneren Politik und sagte: Es ist unerlässlich, daß die Gerechtigkeit frei und unbegrenzt ihren Lauf nimmt. Wir sind wehrlos gegenüber der Verleumdung, aber verpflichtet, mit Hilfe des Gesetzes vom 4. August 1915 diejenigen zu verfolgen, welche die Regierung angreifen würden und versuchen, die Moral der Nation zu schwächen.

Darauf wurde Schluß der Verhandlungen über die allgemeine Politik durch Handaufheben beschlossen. Die Kammer lehnte sodann die von der Regierung vorgeworfene Priorität der einfachen Tagesordnung mit 368 gegen 95 Stimmen ab und nahm durch Handheben die Vertrauensstagesordnung Ribier an, welche lautet: Da die Kammer der Ansicht ist, daß nur ein enges Einvernehmen zwischen der Regierung und den Verbündeten auf diplomatischem und militärischem Gebiete durch den Sieg einen dauerhaften Frieden verbürgen kann, und weiter, daß es ein Verbrechen sein würde, die Aufrichtigkeit des Landes von diesem wichtigen Ziele durch die Ausnutzung von Skandalen, die die republikanischen Einrichtungen und die Einigkeit der Nationen gefährden könnten, abzulenken; indem sie darauf redet, daß die Justiz schnell und gänzlich ihr Werk verrichtet, richtet die Kammer an die Armeen der Republik den Ausdruck ihrer ehrfürchtvollen Bewunderung, drückt der Regierung ihr Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über.

Bemerkenswert an der Debatte ist: daß der auf der Linken, besonders bei den Sozialisten unbeliebte Ribot trotz des Uebergreifens der Debatte auf die unwichtigen Anwesenheiten nicht das Wort ergriffen hat, was auf baldige Ausschiffung deutet; daß der reaktionären und chaotischen Skandalmachern von der Kammer ein Verweis erteilt wurde und daß schließlich die Kammer Poincaré mit so großer Mehrheit ihr Vertrauen vollierte, um die demoralisierende Wirkung der Skandale auf die Front und das Land abzuwehren. Die große Krise zwischen bernünftigen Franzosen und französischen Arbeitern ist aber noch nicht ausgetragen.

Der Plan der Räumung Petersburgs.

Petersburg, 20. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Blätter melden, daß angesichts der neuen Lage die Regierung Maßnahmen zur demnächstigen Räumung der Hauptstadt treffen wird. Ein Sonderauschuß ist zu diesem Zweck gebildet worden. Die Regierung wird sich wahrscheinlich nach Moskau begeben, wo sie sich im Kreml einrichten wird. Man glaubt, daß die Verfassunggebende Versammlung ebenfalls in Moskau ihren Sitz nehmen wird. Die Räumung durch die Regierung und ihre Organe wird übrigens nicht den Charakter der Ueberführung tragen, sondern sich allmählich und nur im Falle der unbedingten Notwendigkeit vollziehen. Was das Parlament anbelangt, welches bestimmungsgemäß morgen seine erste Sitzung in Petersburg abhalten wird, so wird dieses später nach Moskau übersiedeln.

Der Plan, die Regierung aus dem von dem revolutionären Proletariat beherrschten Petersburg wegzuverlegen, ist nicht erst von der „neuen Lage“ geboren worden. Aber diese neue Lage, das deutliche Vordringen zu Lande und zu Wasser an der Rigafront, soll jetzt zur Verwirklichung des Planes ausgenutzt werden. Daß das Wandern als eine Aktion, die der bürgerlichen Gegenrevolution zugute kommen soll, empfunden und heftig bekämpft werden wird, dürfte zu erwarten sein. In der nun beginnenden Tagung des Vorparlamentes wird diese Wirkung sich vermutlich zeigen.

Petersburg, 20. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Abendblätter bestätigen die Möglichkeit einer Ueberführung der Regierung nach Moskau. Sie stellen fest, daß diese Nachricht übrigens keinerlei Panik noch gar Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Dagegen werde die Frage lebhaft in revolutionären Kreisen besprochen. Im Verlaufe eines Meinungsaustausches in dieser Angelegenheit zwischen Mitgliedern der Regierung und den Vertretern der großen politischen Parteien wurde festgestellt, daß die Vertreter der revolutionären Demokratie und ganz besonders der extremsten Gruppen eine Ueberführung der Regierung entschieden mißbilligen. — Die „Börse-Zeitung“ glaubt, daß die Ueberführung der Regierung in der ersten Hälfte des November stattfinden werde.

Der Termin der Wahlen für die Konstituante.

Auflösung der vierten Duma. Petersburg, 20. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Da die Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung auf den 25. November anberaumt sind, hat die vorläufige Regierung verfügt, daß die vierte Duma aufzulösen ist und die Mandate ihrer Abgeordneten für null und nichtig erklärt werden.

Die Grundsätze der neuen schwedischen Regierung.

Stockholm, 19. Oktober. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Bei der Eidesleistung des neuen Ministeriums führte Staatsminister Eden über die Hauptgrundsätze der neuen Regierung folgendes aus:

Unsere erste Aufgabe wird es sein, in Uebereinstimmung mit den wiederholt bekanntgegebenen Absichten der schwedischen Regierung und dem klar ausgeprägten Willen des schwedischen Volkes eine unbedingte, nach allen Seiten

streng unparteiische Neutralitätspolitik und eine damit übereinstimmende Handelspolitik aufrechtzuerhalten. Das besondere Zusammenwirken der drei skandinavischen Reiche, das während des Krieges zustande gekommen ist, weistmöglichkeit zu entwickeln, ist unser lebhaftester Wunsch. Den Bestrebungen, die mit immer wachsender Stärke auf verschiedenen Seiten hervortreten, nach diesem weltberührenden Kriege einen dauerhaften Frieden zu schaffen, sowie eine internationale Rechtsordnung, die geeignet sein kann, den Frieden zu sichern und eine Milderung der Kulturlagen zu ermöglichen, schließen wir uns von Herzen an. Offenbar ist es nicht möglich, an eine Lösung der Frage einer Beibehaltung der Vereinigungsmittel unseres Landes und ihrer Anpassung an die Tragkraft des Volkes und die Bedürfnisse einer friedlichen Kultur während der Dauer des Krieges heranzutreten, aber wir wollen es nicht unterlassen, unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß diese Fragen eingehend geprüft werden müssen, wenn einmal der Krieg endet, unter Berücksichtigung der dann in der Welt herrschenden Verhältnisse.

Anfolge der Haltung der kriegführenden Mächte zu dem neutralen Handel und Verkehr enthalten

immer größere Schwierigkeiten für die Sicherung unserer Volksernährung und die Tätigkeit unserer Industrie, und die Lage ist im gegenwärtigen Moment sehr ernst. Sie fordert unabweisbar, daß die Regierung und das Volk mit vereinten Kräften noch Auswege suchen, durch welche der Druck, wenn möglich, erleichtert und die Krisenzeit ohne großen Schaden durchlebt werden könne. Zu diesem Zwecke müssen alle Anstrengungen gemacht werden, unsere eigenen Vorräte bis zum Neuesten auszunutzen, die Produktion vor allem von unumgänglichen Lebensbedürfnissen zu fördern und zu stärken, die Interessen der Produzenten und Konsumenten gerecht abzuwägen und in größtmöglicher Umfassung den Handelsaustausch mit den fremden Ländern aufrechtzuerhalten. Die schwere Zeit, die unser Volk jetzt durchlebt, hat mit ganz besonderer Stärke die Notwendigkeit hervorgerufen, durch

eine klare demokratische Politik auf verschiedenen Gebieten des Gesellschaftslebens sämtliche Kräfte des Volkes in gemeinsamer Arbeit für das Wohl des Landes zu sammeln zu versuchen. Bei den bevorstehenden Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages hat sich eine große Mehrheit den Forderungen nach verschiedenen Verfassungsreformen angeschlossen, in erster Reihe der Umgestaltung des Gemeindevahlrechts nach dem Grundgesetz des gleichen Wahlrechts für alle, die an die Gemeinden Steuer bezahlen, der Erweiterung des politischen Wahlrechts der Frauen und der Revidierung gewisser Forderungen, die bei den jetzigen Bestimmungen das Wahlrecht beschränken. Wir werden

unverzüglich die Arbeit zur Vorbereitung der Entwürfe zu den Verfassungsreformen aufnehmen, damit solche Entwürfe von Ew. Majestät baldmöglichst dem Reichstage vorgelegt werden können.

Der Stimmenzuwachs der finnischen Sozialisten.

Die finnische Sozialdemokratie hat bei den Landtagswahlen einen erheblichen Stimmenzuwachs — von 875 000 auf 485 000 — erzielt. Die bürgerlichen Parteien trieben eine ausgesprochene

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitags.

Sechster Verhandlungstag.

Würzburg, den 20. Oktober.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen:

Anträge.

Heinrich Schulz begründet folgenden von Ebert, Legien und ihm gestellten Antrag:

Der Parteitag beauftragt die bisherigen Mitglieder des Zentralbildungsausschusses David, Heimann, Korn, Löbe, Müller, Schulz mit der Fortführung der Arbeiten des Zentralbildungsausschusses während der Dauer des Krieges.

In seinen Ausführungen macht Schulz darauf aufmerksam, daß die Zentralstelle für die arbeitende Jugend und die örtlichen Jugend- und Bildungsausschüsse paritätisch aus Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zusammengesetzt sind.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Anna Mos-Stuttgart begründet den Antrag der weiblichen Vertreter auf dem Parteitag und zahlreicher Delegierter, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags das Thema „Frauenarbeit und Frauenrecht“ zu setzen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Anna Mos-Stuttgart begründet den Antrag der weiblichen Vertreter auf dem Parteitag und zahlreicher Delegierter, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags das Thema „Frauenarbeit und Frauenrecht“ zu setzen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und wählt zum Vorsitzenden Gemahl.

Es folgt die Beratung des Antrages Hamburg III, dem Parteiaussschuß Beschlusrecht zu verleihen.

Die Anträge begründet Grasse-Hamburg: Auch wenn man davor zurückfährt, jetzt das Statut zu ändern, scheinen unsere Anträge doch eine unbedingte Notwendigkeit zu sein.

Die Anträge begründet Grasse-Hamburg: Auch wenn man davor zurückfährt, jetzt das Statut zu ändern, scheinen unsere Anträge doch eine unbedingte Notwendigkeit zu sein.

Die Anträge begründet Grasse-Hamburg: Auch wenn man davor zurückfährt, jetzt das Statut zu ändern, scheinen unsere Anträge doch eine unbedingte Notwendigkeit zu sein.

Die Anträge begründet Grasse-Hamburg: Auch wenn man davor zurückfährt, jetzt das Statut zu ändern, scheinen unsere Anträge doch eine unbedingte Notwendigkeit zu sein.

fraktion, Kontrollkommission und Parteiaussschuß eine Instanz, die rasch verantwortliche Beschlüsse fassen kann.

Schmidt-Reihen: Ich bitte alle Anträge abzulehnen, welche die Partei über den Krieg hinaus binden.

Vorsitzender Ebert: Ich muß diese Vorwürfe gegen den Parteitag mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Schmidt-Reihen: Die Erregung des Vorsitzenden ist ganz unbegründet.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitags zu wahren.

Schmidt-Reihen: Ich bin ebenso bestrebt, das Beste der Partei wahrzunehmen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unser Organisationsstatut ist unsere Verfassung.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitags zu wahren.

Schmidt-Reihen: Ich bin ebenso bestrebt, das Beste der Partei wahrzunehmen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unser Organisationsstatut ist unsere Verfassung.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitags zu wahren.

Schmidt-Reihen: Ich bin ebenso bestrebt, das Beste der Partei wahrzunehmen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unser Organisationsstatut ist unsere Verfassung.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitags zu wahren.

Schmidt-Reihen: Ich bin ebenso bestrebt, das Beste der Partei wahrzunehmen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unser Organisationsstatut ist unsere Verfassung.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitags zu wahren.

Schmidt-Reihen: Ich bin ebenso bestrebt, das Beste der Partei wahrzunehmen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unser Organisationsstatut ist unsere Verfassung.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitags zu wahren.

Schmidt-Reihen: Ich bin ebenso bestrebt, das Beste der Partei wahrzunehmen.

missionen und den Vertretern der Presse für ihre Mitarbeit zum Gelingen des Parteitags.

Die Verhandlungen des Parteitags sind mit Ernst und Sachlichkeit geführt worden.

Das hervorstechendste Merkmal unserer Würzburger Tagung ist die feste innere Geschlossenheit der Partei.

Über jetzt gilt es, den bisher geführten Meinungsstreit zurücktreten zu lassen und den Blick nach vorwärts zu richten.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein und bringen dann stehend den ersten Vers der Arbeitermarcktslied.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

Von R. Francé.

Aber was war das? Am Himmel stand flackernd, roter Widerschein. Drante es in der Stadt? Trotz der späten Stunde war in manchem Hause noch Licht.

„Jessa Maria, so ein Unglück! Altweltl am Freitag passiert was. Am letzten Freitag ist ma d' ganze Wilsch'sammaglase — und heut', na so was!“

„Wissen's es denn no net? Der Professorenstock is eingestürzt und hat alle der Schlag'n!“ rief der ganze Chor der Frauen.

Da war es als griff ihm jemand an die Kehle. Er lief, so schnell ihn seine Kräfte nur tragen konnten und war in einer Minute an der Unglücksstätte.

„Wann hatte Fatim's ihre Vision gehabt? Er rechnete nach — es war 10 Uhr, denn gerade hatte die Turmuhr damals zum Schläge ausgehollt.“

„Raum vor zehn,“ erzählte ihm eilig ein kleiner Mann. „Ich wohn' grad gegenüber da hat die Marie g'sagt, sie hat

so an komischen Kracher g'hört. Ich hab' noch g'lacht drüber, da hab'n auf einmal die Fenster g'schennert und a Wandwoll'n is anganga und a Remasurt — wir ham z'erst g'laubt, daß g'schonn wird im Vorwerk.“

Als Jakobus in dieser Nacht endlich heimwärts ging, waren die seltsamen und schrecklichen Bilder des Abends in ihn zu einem strahlendem Gefühl zusammengelassen.

„So war also das große Leben, von dem sein Ehrgeiz träumte. Heute war er zum erstenmal eingetreten darin.“

„Von den von seinem verehrten Lehrer vorhergesagten Prophezeungen war die erste erfüllt — die anderen folgten schon nach.“

„Ein gerader Weg war ihm nun vorgezeichnet — er brauchte nur blindlings dem Dr. Widmont und seinen Idealen folgen — um alles zu erreichen.“

„In laodäischen Bildern dieser geahnten Zukunft mühte sich seine Phantasie, bis er einschlief, so zufrieden und glücklich, wie noch nie.“

Der Seyboldsdorffsche Garten lag in der Schlösselgasse zwar mitten in der Stadt, war aber durch seine hohe Mauer und die daran stehenden Bäume so wohl abgeschlossen, daß man nur von einem Nachbarhause aus einermahnen sehen konnte, was darin vor sich ging.

„Soeben war sie wieder einmal in den dunklen Laubengang gefaßen, der den Garten gegen die Hintergasse zu abschloß.“

„Soeben war sie wieder einmal in den dunklen Laubengang gefaßen, der den Garten gegen die Hintergasse zu abschloß.“

„Soeben war sie wieder einmal in den dunklen Laubengang gefaßen, der den Garten gegen die Hintergasse zu abschloß.“

„Soeben war sie wieder einmal in den dunklen Laubengang gefaßen, der den Garten gegen die Hintergasse zu abschloß.“

„Soeben war sie wieder einmal in den dunklen Laubengang gefaßen, der den Garten gegen die Hintergasse zu abschloß.“

„Soeben war sie wieder einmal in den dunklen Laubengang gefaßen, der den Garten gegen die Hintergasse zu abschloß.“

mun zum Laden umgewandelt wurde, anbringen. Darauf stand:

Joseph Gottlieb Seyboldsdorf, bürgerl. Kolonialwarenhandler nebst Spezereyen.

Um diese späte Stunde des trüben regnerischen Abendabends hätte man niemand im Garten dieses Hauses vermutet, ebenso wenig im Hause selbst.

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

„Tante Bensch war nie schön gewesen; dafür war sie jetzt auch nicht mehr jung, wennzgleich nichts an ihrer Tracht, noch an dem Kopfschmuck das jemals zugegeben hätte.“

(Fortf. folgt.)

Groß-Berlin

An unsere Abonnenten!

Das Austragen der Zeitungen war von jeher nicht Haupt- sondern Nebenwerb. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen aber heute einen jeden, soviel als möglich zu verdienen. Da dies im Nebenwerb nicht möglich ist, wenden sich viele Frauen vom Zeitungstragen ab und der Fabrikarbeit zu. Deshalb haben verschiedene Zeitungen die Zustellung durch Boten bereits ganz einstellen müssen. Diese schwierige Lage auch unserer Zeitungspeditionen wird jetzt noch erhöht durch das Verlangen unserer Zeitungsfrauen, in dem wöchentlichen Kassieren der Wochenabonnements entbunden zu werden. Sie begründen ihr Verlangen besonders mit dem Hinweis auf die schlechten Wege im Herbst und Winter und auf die Schwierigkeiten bei Beschaffung des nötigen Schuhzeuges usw.

Wir sind deshalb gezwungen, von jetzt ab möglichst nur noch monatlich zu kassieren. Auf diejenigen Abonnenten, denen eine monatliche Zahlung schwer fällt, soll allerdings in Ausnahmefällen Rücksicht genommen werden, doch bitten wir alle, sich in unsere Finanzlage hineinzuversetzen und, wenn es irgend möglich ist, ihr Wochenabonnement in ein Monatsabonnement umzuwandeln zu lassen.

Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Auslese und Förderung der Begabten.

Mit der jetzt „zeitgemäß“ gewordenen Frage der Auslese und Förderung begabter Schulkinder beschäftigt sich die Berliner Pädagogische Gesellschaft. In dem einleitenden Vortrag erinnerte Prof. William Stern an Fichtes Wort, daß jedes Talent ein schätzbares Eigentum der Nation ist. Nachdem man bisher immer nur die materiellen Güter geschätzt habe, werde man unter dem Eindruck der durch den Krieg verursachten furchtbaren Menschenverluste jetzt an eine „geistige Schatzkammer“ gehen. Jede Begabung sei ein Wert, den man auch für die Volkswirtschaft in Rechnung stellen müsse. Professor Stern betonte, daß wir unter Begabung nicht nur Intelligenz, sondern auch Willenskraft zu verstehen haben. Doch bleibe für die Auslese und Förderung das Hauptproblem das, die geistige Begabung zu erkennen. In diesem sei zwischen allgemeiner Begabung und besonderer Begabung auf einzelnen Gebieten (z. B. Musik, Mathematik usw.), zwischen Intelligenz und Talent. Stern hält für nicht ganz unbedenklich, daß die ersten Ansätze zur Fürsorge für die Begabten bis jetzt mehr auf Förderung der allgemeinen Begabung gerichtet seien. Dabei könne, fürchtet er, der „taupferliche Mensch“ zu kurz kommen. Er fordert, neben Schulanstalten für hervorragende Intelligenzen auch solche für hervorragende Talente zu schaffen. Angestrebt sei nicht nur Aufsteig der Begabten, sondern auch ihre Differenzierung. Es handle sich nicht nur um freie Arbeit für die Tüchtigen, sondern auch um rechte Ausbildung besonderer Fähigkeiten. In nächster Zeit werde die Schulbahnberatung eine Rolle spielen, wie wir es nie gekannt haben. Eingriffe in die Berufswahl seien nötig, damit überall der rechte Mann an die rechte Stelle kommt. Bei hervorragender Tüchtigkeit müsse für die Zulassung zu akademischen Berufen eine Durchbrechung des Berechtigungswesens, für die Berufsaufnahme eine Durchbrechung des Dienstaltersprinzips möglich sein. Zur Förderung im Alter der Schulbildung fordere Stern für alle Kinder den ihnen gemäßen Unterricht, damit schon das rechte Kind an die rechte Stelle kommt. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit besonderen Unterrichts nicht nur für Unterbegabte, sondern auch für überbegabte. Was letzteren Sorgenkindern recht sei, müsse unteren Schichten billiger sein. Die Schwierigkeit der Aufgabe liege in der frühzeitigen Prüfung und Erkennung vorhandener Talente, das mandant erst spät zur Entfaltung gelangt. Daher müsse an verschiedenen Stufen der Schullaufbahn immer noch wieder die Möglichkeit der Überleitung zu höheren Schulen gegeben werden. Zu warnen sei davor, jeden Begabten auf die Unvergleichlichkeit zu bringen. Für diese Begabte werde auch die Mittelschule bei entsprechender Ausgestaltung die zweckmäßigste Bildungstätte sein. Die Auslese der Begabten sei, weil von der Überleitung in die richtige Schule die ganze Zukunft eines Kindes abhängen kann, sehr verantwortungsvoll. Man dürfe sie nicht den Lehrern allein überlassen, sondern müsse außer Schulverwaltungsräten und Schülerräten noch besondere Schulpsychologen zur Mitwirkung heranziehen. Der Schulpsychologe, von dem die Lehrerschaft noch nicht viel hören will, soll durch Anleitung des Lehrers zur Beobachtung und daneben durch Experimente die Fähigkeiten herausfinden lassen. Stern erwähnte eingehend verschiedene Arten von Experimenten mit den sogenannten Tests, den Fähigkeitstests. Er schloß mit dem Geständnis, daß seine Ausführungen noch viel Raum für Kritik einließen. In der Diskussion wiesen mehrere Redner auf die Notwendigkeit hin, der Lehrerschaft höherer wie unterer Schulen eine bessere Ausbildung in der Psychologie zu geben. Prof. Stern erklärte, daß auch dann der fachliche Schulpsychologe nicht zu entbehren sein werde.

Die Kleinhauseinsiedlungen in Groß-Berlin.

In ihrer Sitzung vom 12. März hat die Zweckverbandversammlung einen Antrag angenommen, worin der Verbandsausschuß ersucht wurde, die Verhandlungen mit der Staatsregierung über die bauliche Erschließung fiskalischer Ländereien zu Kleinhauseinsiedlungen mit erhöhtem Kadaster fortzusetzen und binnen sechs Monaten einen erneuten Bericht zu erstatten. Diese Frist von sechs Monaten ist bereits seit Wochen abgelaufen, ohne daß man bisher in der Öffentlichkeit über das Ergebnis dieser Verhandlungen zwischen dem Verband und der Regierung gehört hätte. Nach den grundsätzlich zutreffenden Erklärungen, die der frühere Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schöllerer im Abgeordnetenhaus abgab und die dann der Oberpräsident v. d. Schulenburg in der Verbandsversammlung Groß-Berlin ausführlicher wiederholte, darf man eigentlich annehmen, daß die Staatsregierung sich der Einsicht nicht verschließt, daß für die Lösung der wichtigen Wohn- und Siedlungsfrage nach dem Kriege schon jetzt alle vorbereitenden Schritte getan und alle erforderlichen Grundlagen dafür geschaffen werden müssen. Dazu würde in erster Reihe eine erhebliche Herabsetzung der Mietpreise in der Umgebung Groß-Berlins, d. h. ihre Verweisung in Baukosten mit niedriger oder offener Baueinsparnis, damit auch in der Umgebung der fiskalischen Ländereien eine gesunde Wohnbauvorgeschrieben und durchgeführt wird. Ferner wäre notwendig, daß der Fiskus mit gutem Beispiel durch die Bereitstellung eines großen Teils seines billigen Arbeitskräfte vorantreibe und zwar zu so niedrigen Preisen, daß die Anlage größerer Kleinhauseinsiedlungen wirtschaftlich möglich ist.

Zur Obst- und Gemüseversorgung.

Die Obst- und Gemüseversorgung wieder — das ist gegenwärtig das bedauerlichste Kennzeichen des Berliner Großgemütemarktes. Nach dem Obstertrag der letzten Tage, der zu begehren war, obwohl er nicht das eigentliche Optimum, sondern minderwertiges Obst — natürlich zu Höchstpreisen — auf den Markt brachte, ist in den nächsten Tagen auch beim Obst Knappheit zu erwarten. Für Gemüse ist das keine neue Erscheinung, die Tatsache ist aber doppelt bedauerlich, weil gerade jetzt die Haushaltungen mehr als bisher auf Gemüse angewiesen sind. Leider lassen die Zustände auf dem Berliner Gemüsemarkt ständig zu wünschen übrig. In allem Gemüse, besonders Kohl, herrscht nach wie vor großer Mangel. — Spina ist etwas reichlicher auf den Markt ge-

kommen, wird aber von den Kleinbändlern sowie vom Publikum infolge seines außerordentlich hohen Preises nicht abgenommen.

Die Reichsgemüsestelle sieht wie bisher den Dingen ohnmächtig und ratlos gegenüber. Sie weiß genau, daß die Gemeinden heute ihr Gemüse, um überhaupt etwas zu bekommen, weit über den Höchstpreisen bezahlen müssen. Da die Gemeinden aber im Kleinhandel zum Höchstpreis verkaufen müssen, so legen sie unangelegene Summen dabei zu. Und trotzdem ist die Zufuhr so knapp, daß sie auch nicht im entferntesten ausreicht. Zum Teil ist dieser Mangel auf einen gewissen Partikularismus zurückzuführen, der besonders stark in Süddeutschland in Erscheinung tritt. So konnten wir erst in diesen Tagen ein Kleinenmerat in einer Münchener Zeitung lesen, in dem Weißkohl im Vorverkauf angeboten wurde, bei Abnahme von 25 Pfund mit 7 Pf. und bei 50 Pfund mit 6 1/2 Pf. pro Pfund. Und in Groß-Berlin ist nicht mal zu dem beinahe doppelten Höchstpreis von 12 Pf. Weißkohl zu beziehen.

Das schließt an der Sache ist jedoch, daß die Reichsstelle an dem bisher völlig verfehlten System der ergebnislosen Verteilungsverträge auch im nächsten Jahr festhalten will. Trotzdem sie genau weiß, welche Erfahrungen sie im Vorjahr mit den Subverpreisen gemacht hat, sieht sie das ganze Spiel für die nächstjährige Versorgung in einer Erhöhung der Preise. Dieser für die Herren am grünen Tisch allerdings sehr bequeme Ausweg hat bisher noch nie zum Ziel geführt. Wenn die Reichsstelle keine bessere Regelung für das kommende Jahr weiß, sollte sie ruhig abdanken.

Käseverteilung.

Vom Dienstag, den 23. bis Sonntag, den 28. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisefettlundenlisten a) der in den Bezirken der 118. und 119. Protokommision gelegenen Geschäfte (Zitronen, Verkaufsstellen), b) der Verkaufswagen der Firmen Volke, Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten G. m. b. H., Hellerhöf, Viktoriapark und Schweizerhof eingetragen sind, je 125 Gramm Streichkäse (Auslandsware) verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Verkaufsstellen gekennzeichneten Geschäften gegen Abkempfung der Speisefettkarten. Für die Speisefettlunden der oben aufgeführten fünf Firmen sind zum Verkauf 40 Geschäfte zugelassen, welche heute an den Anschlagtafeln besonders bekanntgegeben sind. Der Preis für 125 Gramm Streichkäse (Auslandsware) wird auf 65 Pf. festgesetzt.

Die Ausgabe der Kaffee-Ersatzkarten.

In Berlin beginnt die Anmeldefrist zum Bezug von Kaffee-Ersatz morgen Montag und endet am 31. Oktober. Innerhalb dieser Zeit kann in jedem im Gebiete der Kaffee-Ersatzkarten-Gemeinschaft belegenen Kleinhandelsgebiets, das durch ein Plakat der Verteilungsstelle der Deutschen Kaffee-Industrie G. m. b. H. kenntlich gemacht ist, der Bestellabschnitt der neuen Kaffee-Ersatzkarte abgegeben werden. Man überlege nicht, sich bei der Anmeldung auch gleichzeitig den Empfangsabschnitt kempeln zu lassen. Dieser wird vom 12. November ab eingelöst werden.

Mündliche Anträge zur Kohlenversorgung. Der Magistrat Berlin teilt mit: In Zukunft werden mündliche Anträge der Berliner Bevölkerung bei der Deputation für Kohlenversorgung, deren Bureau sich jetzt Spandauer Straße 10 (Hof) befindet, nur entsprechend der Jugendbarkeit zu den Protokommisionen entgegen genommen werden, derart, daß an den einzelnen Wochentagen immer die Angehörigen von je 40 Protokommisionen abgefertigt werden und zwar: die Angehörigen der Protokommisionen 1—40 am Montag, die der Kommissionen 41—80 am Dienstag, der Kommissionen 81—120 am Mittwoch, 121—160 am Donnerstag, 161 bis 200 am Freitag und die Angehörigen der Protokommisionen 201 und folgende am Sonnabend, jedesmal in der Zeit von 9—2 Uhr. Es empfiehlt sich für die Antragsteller, ihren Niederschlag mitzubringen.

Volkszählung am 5. Dezember. Durch Verordnung des Bundesrats ist eine neue Volkszählung für Mittwoch, 5. Dezember 1917, verfügt worden. Die neue Volkszählung ist notwendig geworden, da die am 1. Dezember 1916 vollzogene Zählung nicht hinreichend zuverlässige Unterlagen für die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes erbracht hat. Die technische Durchführung der Zählung wird wieder mittels der Haushaltungsliste bewerkstelligt werden.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin teilt mit, daß er eine weibliche Abteilung an den Nacharbeitsnachweis für das Transportgewerbe angegliedert hat. Kutserinnen, Hausdienerrinnen, Faderinnen, Verladearbeiterinnen sowie weibliche Hilfskräfte jeder Art werden auf telephonischen Anruf (Amt Norden Nr. 3791—3797 und Amt Norden Nr. 11 040—11 047) zugewiesen. Die Abteilung ist wie die Abteilung für Fabrikarbeiterinnen täglich von 8—3 Uhr geöffnet. Schriftliche Meldungen bitten wir an Müllerstr. 9, C 34, zu richten.

Lungenheilverfahren für versicherte Angestellte. Die Lungenheilverfahren, die mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Verbindung stehen, sind jetzt voll belegt. Ein Teil der Versicherten muß längere Zeit auf ihre Einberufung in die Heilstätte warten. Das Direktorium hat deshalb jetzt den Versicherten anheimgestellt, sich selbst einen Weg in einer Heilstätte zu suchen, die ärztlich geleitet und den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht. Die Versicherten erhalten zu dieser Art einen angemessenen Zuschuß, zunächst auf die Dauer von drei Monaten. Die Höhe entspricht den Kosten in den Anstalten der Reichsversicherungsanstalt, im allgemeinen bis zu 8 M. täglich.

Erweiterte Heranziehung nichtausgenutzter Lastwagen und Zugspedee. Das Oberkommando macht bekannt, daß die Heranziehung der verfügbaren Transportmittel vom 22. d. M. an zum Zwecke der Bewirkung aller Transporte erfolgen kann, die den Interessen der Kriegführung und des weiteren Durchhaltens von Heer und Heimat dienen. Die verfügbaren Transportmittel sind von den Gemeinden der Kriegsmobilstelle in den Marken in Berlin oder den von ihr bestimmten behördlichen Stellen zu Führungen, die im Interesse der Kriegswirtschaft notwendig sind, auf Anforderung nach Maßgabe des Kriegspolizeigesetzes gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen. Mit den Gespannen sind Weisungsbücher zu stellen.

Schulferien finden am Montag aus Anlaß des günstigen Ergebnisses der 7. Kriegsanleihe in Berlin und der Provinz Brandenburg statt. Nach den Ferien werden die Kinder entlassen.

Ausscheidung einer Frauenleiche unter Waidverdacht. In einem Forstjagd an der Pappelstraße, die sich um den Wildpark herumzieht, wurde auf dem Gelände des ehemaligen Feldwerts ein weibliches Leichenstück aufgefunden, die um den Hals ein rotes Tuch gewickelt hatte und deren Weine mit Steinen beschwert waren. Es handelt sich um die etwa 50jährige Frau Schramm aus der Riederstraße in Werder, die sich zum Brennholzschneiden auf die Wiese ihres Wunders begeben hatte und nicht zurückkehrte. Die Totenfliegte bei ihrem Weggehen stets ihre Vorhänge mit sich zu führen. Da sie niemals Selbstmordgedanken geäußert hat, glaubt man nicht an einen Selbstmord, und gegen einen Unfall sprechen die Eigentümlichkeiten des Befundes.

Neuzählung. Lebensmittel. Die für die Woche vom 22. bis 28. Oktober zur Ausgabe gelangende Kartoffelmenge beträgt 7 Pfund. Einwohner, welche ihre Kartoffeln in der vorigen Woche noch nicht entnommen haben, sind in dieser Woche zur Abnahme berechtigt. Die 14 Pfund Kartoffeln, welche auf Lebensmittelkartenabschnitt 62 entnommen werden können, gelangen von heute ab nicht mehr bei den eingetragenen Kleinbändlern, sondern in den unten bezeichneten besonderen Verteilungsstellen zur Ausgabe. Die Kleinbändler dürfen Kartoffeln auf diesen Abschnitten nicht mehr abgeben.

Der Verkauf in den Verteilungsstellen findet wochentäglich während der Stunden von 8—12 und von 2—7 statt, und zwar a) für Neuzählung (alle Häuser, die östlich in Richtung Receptow) in der Mitte des Straßenzuges Rosbacher Damm,

Hermannplatz, Berliner Straße und Bergstraße liegen) auf einem Platz, der am Weigand-Ufer am Eisenweg angelegt hat;

b) für Neuzählung (alle übrigen Häuser) nachweise entweder in der Turnhalle der Städtischen Mädchenmittelschule, Donaustraße 120—126, oder in der Turnhalle der Gemeindefürsorge am Richardplatz, Eingang Richardstr. 47.

Um einen zu großen Andrang zu vermeiden, erhalten Kartoffeln Montag vormittags nur Personen mit den Anfangsbuchstaben D—E, nachmittags mit F. Dienstag vormittags mit G, nachmittags mit H, Mittwoch vormittags mit J—K, nachmittags mit L. Donnerstags vormittags mit M, nachmittags mit N—O, Freitag vormittags mit P—Q, nachmittags mit R. Sonnabend vormittags mit T, nachmittags mit U—V, und Montag, den 29. Oktober, vormittags nur Personen mit dem Anfangsbuchstaben W, nachmittags mit X—Y, für Nachzügler Dienstag, den 30. Oktober, vormittags nur Personen mit den Anfangsbuchstaben Z—A, und nachmittags mit den Anfangsbuchstaben B—C. Als Ausweis ist die Neuzählungskarte vorzulegen.

Wer zu den angegebenen Zeiten bezeichnete 14 Pfund Kartoffeln nicht abgenommen hat, geht seines Anrechtes auf spätere Entnahme verlustig.

Vis morgen Montag, den 22., wird in den zugelassenen Fisch- und Rindfleischgeschäften sowie in den beiden städtischen Fischhallen Bergstr. 21 und Bambergstr. 13 der Verkauf von Heringen fortgesetzt werden. Der Verkauf erfolgt nur auf Abschnitt 57, der abgetrennt wird. Auf einen Abschnitt wird nur ein Hering a 65 Pf. verabfolgt.

Schöneberg. Lebensmittel. Bis Dienstag, den 23. Oktober, findet Voranmeldung statt für: 1/2 Pfund Marmelade auf Abschnitt 71 der Nährmittelliste und 1/4 Pfund Buchweizenmehl auf Abschnitt 22 der Nährmittelliste für jugendliche. Die Sonderkarten für Kranke, schwangere Frauen und stillende Mütter, soweit sie für den Monat November bereits bewilligt sind, sind am 22., 23. und 24. Oktober von den Protokommisionen abzuholen.

Wilmersdorf. Zusammenlegung der Bäckereien. Der Magistrat hat zur Erzielung einer größeren Kohlenersparnis die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe in die Wege geleitet. Die Bäckereien, in denen monatlich unter 40 Sod Mehl verboden werden, sollen ihren Betrieb einstellen. Den Inhabern solcher stillgelegten Betriebe steht es jedoch frei, unter den übrigbleibenden Bäckereien mit größerem Mehlverbrauch diejenigen auszuwählen, die für sie das Baden mitbelangen. Für die laufende Bevölkerung bleiben somit alle Brotverkaufsstellen bestehen. Der Magistrat hat ferner mit den in Frage kommenden Betriebsinhabern die Preise für das Brotbrot festgesetzt. Durch die beschlossene Zusammenlegung wird die Zahl der Bäckereibetriebe um über ein Drittel vermindert.

Steglitz. Um die englische Gasanstalt. Der Verkauf der englischen Gasanstalt stand Freitag im Gemeindeparlament wieder zur Debatte, die interessante Einzelheiten zutage förderte. Gemeindevorsteher Winkler interpellierte den Gemeindevorstand über den Stand der Verhandlungen und fragte, ob das Resultat der auf den Protest Berlins vom Reichsanwalt in Aussicht gestellten erneuten Prüfung schon bekannt sei. Bürgermeister Buhrow verneinte diese Frage, teilte aber mit, daß in den letzten Tagen eine Besprechung mit dem Landrat in dieser Angelegenheit stattgefunden habe, an der außer ihm auch die Steglitzer Kreisabgeordneten und einige andere Herren teilgenommen hätten. Es sei ihnen eine Rentabilitätsberechnung vorgelegt worden, deren Zahlen er allerdings nicht mitteilen könne, da diese Ausprüche eine vertrauliche gewesen sei. Nach diesen Zahlen scheine die Rentabilität gesichert. Weiter ergab sich bei der Aussprache, daß der Kreis der Gemeinde eine Beteiligung an dem Unternehmen im Verhältnis zum Gasverbrauch in Aussicht stelle und daß er auch bereit sei, im Falle des Ausfalls aus dem Kreise die Interessen von Steglitz sicherzustellen. Weiter wurde angedeutet, daß im Falle des Geschäfts zwischen den Kreisen und der Regierung nicht zustande käme, andere Interessenten bereit seien, die Gaswerke zu dem verlangten Preise zu übernehmen. Ein Redner gab seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß der zum 1. November eintreffende Kreisrat glatt dem Landratsantrag zustimmen werde. Dem wurde entgegengehalten, daß bevor der neue Bescheid des Reichsanwalters eingegangen sei, das Geschäft gar nicht abgeschlossen werden könne. Da die Steglitzer Kreisabgeordneten durch Beschluß der vorigen Gemeindevorsteerversammlung aufgefordert worden sind, gegen die Übernahme durch den Kreis zu stimmen, soll vor dem Kreisrat — sobald die schriftlichen Unterlagen vorliegen — die Sache nochmals in geheimer Sitzung behandelt werden.

Breis. Lebensmittel. In der kommenden Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf Abschnitt 65 Wrasen (100 Gramm je Person), 66 Dorschfilets (2 Stück je Person), 67 Brottaffel (bis vier Personen eine Tasse, darüber zwei Tassen), 68 Bienenhonig (bis vier Personen 1 Pf. fürs Haus, darüber 2 Pf.), 69 Kriegsmus (1/2 Pf. je Person) ab Donnerstag nur bei Kleinbändlern, 70 Sultaninen (bis vier Personen 1/2 Pf. fürs Haus, darüber 1/2 Pf.), 71 Kaffeemischung (bis vier Personen 1/2 Pf. fürs Haus, darüber 1/2 Pf.), 72 eine Kerze je Person), 73 Sönderzuteilung, und auf Abschnitt 74 Nährstoffe, Ständel-Heilkräuter, Würzstange usw.

Auf Abschnitt 18 gelangt ein Ei je Person, soweit Vorrat reicht, ab Mittwoch zur Abgabe. Ferner werden abgegeben: Pfeffer, Salz, Gurken, Streichhölzer und Salmiak-Waschmittel.

Hohenschönhausen. Ungültige Gemeindevertreterwahl. Bei den vorjährigen Gemeindevertreterwahlen waren in der dritten Abteilung Stichwahlen erforderlich geworden. Die Aufforderung dazu vom 19. März 1916 unterzeichnete Herr Benzler als Wahlvorsteher. In den Wahlvorstand für die Stichwahl berief er dieselben Mitglieder wie bei der Hauptwahl. Als Gemeindevorsteher gewählt wurden in der Stichwahl der Kassabote Max Thiele und der Fabrikbesitzer Großloff. Die Gemeindevorstellung erklärte die Wahlen wegen Mängel des Verfahrens als ungültig. Thiele klagte gegen die Gemeindevorstellung und beantragte Gültigkeitserklärung der Wahlen.

Der Kreisaußschuß wies die Klage ab und führte in der Hauptklage aus: Das Wahlverfahren leide an einem erheblichen Mangel. Erstens sei es unzulässig, daß die Aufforderung zur Stichwahl nicht vom Wahlvorstand der Hauptwahl, sondern nur vom Wahlvorsteher ergangen sei. Ferner verstoße es gegen die Vorschriften, daß bei der Stichwahl die Mitglieder des Wahlvorstandes nicht von der Wahlversammlung bestätigt, sondern lediglich vom Wahlvorsteher berufen worden waren. Diese Mängel machten die Wahl ungültig.

Der Bezirksauschluß bestätigte das Urteil und das Oberverwaltungsgericht verwarf die Revision Thieles.

Gerichtszeitung.

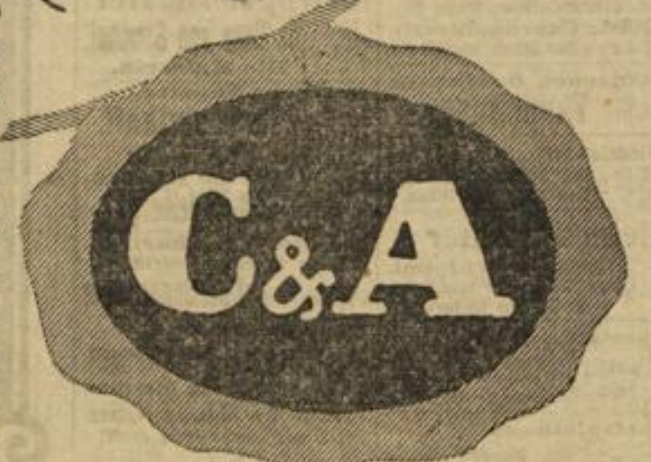
Ein menschenfreundlicher Apotheker.

Welche Schwierigkeiten man haben kann, wenn man in einer Apotheke Hahnenfuß für Zwecke der Kranken- und Nahrungsernährung erziehen will, zeigte eine vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof verhandelte Angelegenheit der Apothekerbesitzer Otto Schade und seinen Kollegen P. Die waren des Kriegsmordverdachts beschuldigt in der Form, daß sie den Verkauf von Hahnenfuß von der Entnahme von Medikamenten abhängig gemacht haben sollen. Der Beschuldigte, Schriftsteller W., stellte den Sachverhalt wie folgt dar: Als seine Frau an einem Nervenleiden erkrankt war, wurde ihr von dem behandelnden Arzt Pulver und Hahnenfuß verordnet. Als der Junge nach einer Apotheke schickte, erhielt er nur das Pulver, weil Hahnenfuß nicht vorhanden war. Am nächsten Tage sandte er seinen Sohn in die seiner Wohnung nächstgelegene Apotheke des Vorstandes der Apothekervereinigung, Herrn Schade



die schon immer wegen ihres ansprechenden Äußeren bevorzugt wurden, sind durch die jetzt herrschenden Umstände noch mehr in den Vordergrund des Interesses gerückt.

In allen modernen Formen, reizvoll ausgestattet, mit Pelz verbrämt, so bilden unsere Plüsch- und Samt-Kostüme und Mäntel in ihrer großen Mannigfaltigkeit das begehrtesten Kleidungsstück für den kommenden Winter.



Königsstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseest. 113
Beim Statiner Bahnhof

Samstags geschlossen

Dem Andenten unseres auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
Am 20. August 1917 fiel unser Mitglied
Karl Wittig.
Sozialdem. Verein für Berlin 3, 9. Abt.
210/14

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.
Dem Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem Schlachtfeld gefallen sind:
Paul Bugge, Gasanstalt Danziger Str.
Hermann Frank, Röhrensystem.
Otto Aleith, Charlottenburg.
August Richter, 32. Revierinspektion.
Karl Berke, 25. Revierinspektion.
Max Brenner, Schlacht- und Viehhof.
Paul Lehmann, Englische Gaswerke.
Franz Hillges, Charlottenburg.
Heinrich Faust, 21. Revierinspektion.
Theodor Müller, Wasserwerk Tegel.
Willi Heinzel, Städtisches Obdach.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
188/19 **Die Ortsverwaltung.**

Am 4. Oktober 1917 fiel als Opfer des Weltkrieges unser lieber, herzlich geliebter, unvergesslicher Sohn und Bruder, der Musikleiter
Walter Grünberg
im blühenden Alter von 21 Jahren.
Wer ihn gekannt, wird unseren Schmerz empfinden.
Sein lieber Trauerer
Richard Grünberg u. Frau.
Gertrud Grünberg.
Hans Grünberg, 3. B. im Felde.
Triefener Str. 23.
Ein Wiedersehen war unsere Hoffnung.

Zum von seinen Lieben fiel am 30. September 1917 kurz nach seinem Urlaub durch Verletzung auf dem Kriegsschauplatz unser einziger lieber Sohn und Bruder, der Musikleiter
Rudolf Gnadt
Inh. des Eis. Kreuzes im blühenden Alter von 26 Jahren.
Dies zeigen in stiller Trauer an
Wilhelm Gnadt u. Frau
Johanna und Katharina Gnadt
als Schwestern,
Potsdamer Str. 1.
Ruhe sanft in ständiger Erde! Unvergessen bleibt Du den Deinen!
12221

Verein für Feiern-Feierdenker
Sitz Berlin, Gegr. 1905.
Am 13. Oktober verstarb unser Mitglied, Frau
Ulrike Drömert
geb. Giese,
Nollmer Straße 16.
Ob ihr Andenken:
Die Einäscherung findet morgen Montag, 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
294/19 **Der Vorstand.**

Zum Todestage 21. Oktober 1916.
Wie mehr tritt neben mir den gleichen Wad mein lieber, tapferer Lebenskamerad!
Und doch heißt's weiterleben, schaffen, wagen!
Wohlan, ich will! Von neuem seh ich ein! Doch wie's auch fallen mag, ich denke Dein!
Dir, lieber Walter, als krennes Gedanken gewidmet von Deiner Frau
Frida Sachse u. Elinchen Werner. Deinem Bruder
Wißt nicht Familie und Familie Nordensbagen als Schwiegereltern.

Nach langem, schwerem Krankenlager verschied am 18. Oktober im 34. Lebensjahre mein lieber Mann und treusorgender Gatte
Albert Kurby
Neutölln, Lichterader Str. 47.
Dies zeigt betrübt an Die trauernde Gattin
Berta Kurby
geb. Schadock.
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Neutöllner Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
7306

Ruderverein „Vorwärts“ Berlin.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Sportgenosse
Erich Schmiedte
am 5. Oktober 1917 gefallen ist.
Wir verlieren in ihm einen lieben Sportgenossen und werden ihm ein diebes Andenken bewahren.
294/20 **Der Vorstand.**

Gegründet 1864
Pelzwaren
Einzelverkauf
S. Schlesinger,
Neue Königsstr. 21 (Ordnungs-
haus)
kein Laden, II. Stock.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer 21
zu achten!
21 Soant. v. 12-2göftta. 21

Zahrmelker sofort verlangt
Schmiede, Ewerstr. 45, 93/18
Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin.
Crammstraße 138.
Bekanntmachung.
Die in der Sitzung des Ausschusses vom 30. 8. 17 beschlossene Abänderung der §§ 59 und 72 der Satzung ist unter dem 3. Oktober d. J. vom Königl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin genehmigt worden.
Es lautet hiernach künftig:
I. § 59 Absatz 2 Ziffer b und c
außer den unter a angegebenen Beträgen der Vorstehende 50 Mark und der Schriftführer 15 Mark für den Monat. Im Behinderungsfalle haben an ihrer Stelle die Vertreter Anspruch auf diese Zuschüttungen.
Diese Sätze werden vom 1. Juni 1917 ab geändert.
II. Am § 72 wird hinter dem 3. Absatz nachstehender Absatz neu eingefügt:
„Die Kasse erstattet den Ausschussmitgliedern für die Teilnahme an den Sitzungen die daren Auslagen mit 0,50 Mark und gewährt ihnen für den Zeitverlust einen Zuschußbetrag von 2,50 Mark.“
Am Abtag 6 werden die Worte gestrichen: „und wenigstens ein Drittel derselben erziehen ist.“
Druckexemplare der Abänderung sind in unserem Kassenslokal abzuholen. 279/19
Berlin, d. 16. Oktober 1917.
Der Vorstand
G. Söll,
stellv. Vorsitzender.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahnhof,
Behandl. von Syphilis, Haut-, Ghar-, Frauenleiden, (pez. chron. Fälle, Eitrige-Gata-Parren, schmerzlose, schnelle Behandlung ohne Verunstaltung, Blutunterstützung, Mag. Breie, Teilschlafung, Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Tuchlager
J.W. Becker, Seydelstr. 32
(Spittelmarkt).
Großes Lager in Stoffen aller Art. Seide, Sammet, Maßabteilung. Unfertigang von Herren- u. Damen-bekleidung.

Sozialdem. Verein Teltow-Beestow
Bezirk Neutölln.
Dienstag, den 23. Oktober 1917, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Verammlung
im großen Saale der Berliner Rindl-Brauerei, Hermannstraße 214-219.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag in Würzburg.
Referent: Genosse Krüger.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch oder Bescheinigung vom Bezirksführer legitimiert.
Parteilosen, welche Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu bleiben wünschen, ihre Mitgliedsbücher aber noch nicht umgetauscht haben, können dies bei den unten bezeichneten Genossen nachholen.
23. Böhnel, Dohrenstr. 29/27; Ad. Glöge, Lenustr. 18;
W. Scheich, Könnisches Wer 73; G. Barwig, Weichselstr. 68;
K. Barisch, Könnisches Wer 52; C. Ganger, Donaustr. 26;
K. Schüb, Eintrachtstr. 15; G. Hoffmann, Neue Donaustr. 49; Schmalwald, Böhmische Str. 47; G. Wiedrich, Wallerstr. 31/32; G. Richter, Knebelstr. 67; F. Briestmann, Rogauer Str. 5; H. Vogt, Wallerstr. 69; Günter, Schönebr. 28; C. Gufe, Dohrenstr. 65; Fran Gärting, Dohrenstr. 33; G. Bod. Steinhilberstr. 66; K. Wüde, Hermannplatz 5 und K. Scholz, Weichselstr. 23.
200/2 **Die Bezirksleitung: B. Fiedler, Weichselstr. 8.**

Verband der Sattler u. Portefeuller.
Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 21. Oktober 1917, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Abrechnung vom 3. Quartal 1917.
2. Stellungnahme zu der in Vorschlag gebrachten Beitrags-erhöhung.
3. Beschlußfassung über die Maßnahmen zur Durchführung der Umstellung.
4. Vorschläge der Verwaltung zur Zahlung einer Weihnachtsunterstützung an die Familien unserer Kriegsteilnehmer und an die arbeitslosen Mitglieder.
5. Berichtedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Vertrauensleute werden gebeten, in Anbetracht der so außerordentlich wichtigen Tagesordnung, für einen guten Besuch der Versammlung zu wirken.
180/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiterverband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Delegierte zur örtlichen Generalversammlung!
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (Saal 1):
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Mitteilungen. 2. Geschäfts- und Rollenbericht pro III. Quartal 1917. 3. Erledigung etwa eingegangener Anträge. 4. Geschäftliches.
Mitgliedsbuch und Legitimationskarten sind am Eingang des Saales zwecks Abstempehlung vorzulegen.
Ohne Buch und Karte kein Zutritt. Wer mit seinen Beiträgen über 5 Wochen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.
Die Bezirksverwaltung.

Kaufgesuche
 Kleiderchränke, Vertike, Schreibtische, Wochstühle, Bettstellen, Kücheneinrichtung, Schlafzimmer, ganze Einrichtungen kauft. Götter, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Wohnung
 1. Etage, 3 Zimmer, Bad, Küche, Wasser, Gas, elektr. Licht, 1.100 Mk. m. d. S., Berlin SO 36, Schöneberg, Prinzenstraße 71. 272*

Formier Kernmacher
 Dfenleute
 Putzer und
 Hofarbeiter
 sofort gesucht. 6302*

Stahlwerk Bothe,
 Berlin-Weißensee
 am Industriehaus.

Gummiarbeiter
 Reifenreparatur u. Gleit-
 schuharbeiter zum sofortigen
 u. späteren Eintritt sucht 2381*

Militär-Abteilung Groß-
 Lichterfelde-Ch. Zeinstr. 3.
 Gellert-Reifen-Gesellschaft.

Meister
 und Vorarbeiter sucht für
 Militär-Abteilung Groß-
 Lichterfelde-Ch. Zeinstr. 3.
 Gellert-Reifen-Gesellschaft.

Kutscher
 mit guten Zeugnissen und
 militärisch
 sucht zum sofortigen Antritt
Butterhandlung Admann,
 Landsberger Allee 46.
 Vorstellung 10-12 Uhr vor-
 mittag. 7022

Rahmenschneider,
 handlung sucht, verlangt
 8. Meilen.
 6812* Grunow Str. 21.

Tüchtige Tischler
 auf einfache Schreibränke ver-
 langt +1038*

Wohlfahrt, Hermann
 m. d. S.
 Berlin SO 36, Schöneberg,
 Prinzenstraße 71.

Bautlempner
 für Heerdebad, d. Schöner,
 Oberlig., Spandauer Str. 30.*

Kreisfägenschneider
 n. mehrere Arbeiter
 für unsere Holzbearbeitungsfabrik
 werden sofort eingestellt 6308*

Held & Francke Aktiengesellschaft,
 Werkplatz
 Rudow bei Berlin - Kanalstraße.

Kutscher
 für Sehngelpanne, stellt ein
Schultheiß-Brauerei, Abteilung VI. 7265
 Hasenheide 22/31.

Eismaschinist
 erhält sofort Anstellung.
 Meldungen von 1/2-2 und 1/2-1/7 Uhr.

A. Wertheim G. m. b. H.
 117L, Moritzplatz.

Mehrere tüchtige
Schwarzblechklempner
 suchen sofort 268L*

Ehrlich & Graetz,
 Berlin SO, Eisenstraße 90-94.

Zimmerleute
 für wichtige Kriegsbauten stellen sofort ein 6075*

Held & Francke Aktiengesellschaft,
 Werkplatz
 Rudow bei Berlin - Kanalstraße.

Bursehe mit Dreirad
 gesucht
 Sächsischer Straße 71. part. berl. Werkmeister, Schmiedstr. 3a.

Goldbleifengrundierer
 gesucht
 655L*

Tüchtige Dreher
Maschinenschlosser
Langhobler und Härter
Fritz Werner, A.-G., Berlin-
 Marienfelde.

Gelerntes und ungelerntes weibliches Personal
 für dauernde Arbeit
 sucht in allen Abteilungen 1262

Zigarettenfabrik Garbáty,
 Berlin-Pankow, Berliner Str. 123-125.
 Meldungen im Betriebs-Bureau, Eingang Hadlichstraße, montags von 8-5 Uhr.

Böttcher
 694L
 gesucht für sofort,
Chemische Werke Florian & Co.,
 Berlin-Britz, Chausseestr. 68.

Flugmotorenschlosser,
Automobil-Motorenschlosser,
Chassismonteur
 par sofort verlangt
Benz & Co.,
 Charlottenburg, Salzauer 2-3.

Schreibmaschinen-Mechaniker
 mit allen Systemen vertraut, zum sofortigen Antritt gesucht.
 Angebote mit Zeugnisausschnitten und Gehaltsansprüchen an
Kriegsleiter A.-G., Berlin W, Bellevuestr. 2.

Heizungs-Monteur u. Helfer
 werden sofort eingestellt.
O. Titel & Wolde
 94/2, C. Teubelstr. 8-13.

Arbeiter
 stellen ein 374L*

Hüttenwerke Tempelhof A. Meyer
 Berlin-Tempelhof,
 Germaniastraße Nr. 145/146.

Schlosser,
 welcher s. Austausch nach Bewer-
 bungsfrist Gerüst möchte, kann m. ein-
 hort arbeitend. Berliner Tischler,
 Nachrichten erbittet Wagner,
 Thälmannstraße 12. 6782

Größere Anzahl
Schmiede u. Schirrmeister
 auf einfache Hufeisenarbeiten (Heeres-
 arbeiten) sofort und später verlangt
Alex. Herman G. m. b. H., N. 20, Pankstr. 29
 und 297L*
 Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11

Heizer (Mechaniker)
 — auch Kriegsbefähigter —
 für sofort gesucht
Friedrichstadt-Klinik,
 7022, Str. Silesus 9.

Arbeiter
 erhalten sofort Anstellung.
 Meldungen von 1/2-10 und
 1/2-1/7 Uhr. 1772

A. Wertheim G. m. b. H.,
 Moritzplatz.

Reifenfabrik sucht geübte
Dieter und
Dieterinnen
 dauernde Beschäftigung.
Gutmann & Meyer,
 Greifswalder Str. 4.

Kartonnagen-
arbeiterinnen,
 geübt auf Zigarettenfabrik,
 suchen sol. Beschäftigung in und
 außer dem Hause. 681L
Kartonnagenfabrik
 Wurfelstraße 23.

Tüchtige
Schlosser
 per sofort gesucht für unsere
 Abteilung Montage. 2247*

Zu melden in unserem Ein-
 stellungs-Bureau am Eingang 111

Luft-Verkehrs-
Gesellschaft m. b. H.,
 G. Abteilung,
 Berlin-Johannisthal.

Porzellanmaler
 verlangt Max Girch u. Co.,
 Köpenicker Straße 114. 6892

Portier 5832
 1. 11. 17, Haus 1 Aufg. Ost.
 Regenfeld, Dammstr. 50, 2. Ober.

Zu einem Teil unserer
 heutigen Ausgabe liegt ein
 Prospekt bei

Zahnarzt Ingonath,
Bellealliance-Platz 13
 bei.

Arbeitskräfte

erhalten Sie am schnellsten durch
 eine Anzeige im Arbeitsmarkt
 der Tageszeitung der Arbeiter-
 schaft von Groß-Berlin, dem

„Vorwärts“

Sammlungspolitik namentlich in der Vereinigung der finnischen Gruppen und boten die letzten antisozialistischen Reserven auf. So liegt denn ihre Stimmenzahl von 403 000 auf 510 000, und damit erlangten sie die Mehrheit der Mandate: 108 gegen 92 sozialistische. Der Landtag ist auf den 1. November einberufen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. Oktober.

1. Ein aus unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Köhrbe, hat am 2. Oktober nördlich Island den englischen Panzerkreuzer Drake (14 300 Tonnen Wasserdrängung) durch Torpedoschuß versenkt.

2. Weiterhin wurden durch unsere U-Boote im Atlantischen Ozean neuerdings

16 000 Br.-R.-T.

Handelschiffraum versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer Drake (2267 Br.-R.-T.) sowie der englische Dampfer Heron mit Kohlenladung, ferner die französische Dreimastbarke Reilly mit 3080 Tonnen Getreide von Melbourne nach Bordeaux sowie die französische Fischkutter Union Republicaine, Deux Jeanes, Sibérie, Peuple freres, von denen die letzten drei bewaffnet waren.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 20. Oktober. Ähnlich. Ein aus unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Joch, hat an der Westküste Englands neuerdings 6 Dampfer, 1 Segler, 2 Fischerfahrzeuge mit

rund 38 000 Brutto-Registertonnen

vernichtet, und zwar einen englischen Hilfskreuzer vom Typus der Saturnia, vier große bewaffnete englische Dampfer, einer davon vom Typus des Korwepian (3327 Br.-R.-T.), sowie einen englischen Dampfer, anscheinend Behawur (7634 Br.-R.-T.), ferner eine englische Viermastbarke, wahrscheinlich Carnowie (2285 Br.-R.-T.), und zwei englische Fischerfahrzeuge.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Vernichtung des Geleitzuges.

Kristiania, 19. Oktober. Die kommandierende Admiralität, ist ein Rettungsboot mit dem Kapitän und sieben Mann des norwegischen Dampfers Håbil sowie einem schwedischen Kapitän eingetroffen. Die Besatzung meldete, daß ein aus zwölf Schiffen bestehender Geleitzug Mittwoch früh 7 Uhr etwa 115 Seemeilen westlich von Narvik von zwei deutschen Kreuzern angegriffen worden sei. Das geleitende Fahrzeug sowie acht Handelschiffe seien versenkt worden, darunter die vier norwegischen: Håbil, Sorlang, Silja und Kristine. Später wurde dem kommandierenden Admiral gemeldet, daß 37 Mann von folgenden Schiffen eingekerkert worden seien. Ein Mann von Kristine, zwei vom schwedischen Schiff Nilsander, neun vom schwedischen Schiff Wistur, elf von Sorlang, sieben von Silja und sieben von Håbil.

Nach Aussagen der Überlebenden des von deutschen Schiffen versenkten Geleitzuges waren die beiden vernichteten englischen Zerstörer Rary Rose und Mindful.

Kopenhagen, 20. Oktober. „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania, daß von den 100 Mann betragenden Besatzungen der beiden englischen Torpedojäger, die das Geschwader von Transportdampfern nach England begleiteten, nur 10 Mann gerettet wurden. Die norwegische Admiralität meldet, daß außer den beiden englischen Torpedojägern zwei dänische, zwei schwedische, fünf norwegische und ein belgisches Dampfer versenkt wurden. Bis jetzt wurden 78 Geleitzüge gerettet. Von einem versenkten dänischen Dampfer wurde der größte Teil der Besatzung gerettet. Da das Wetter ruhig ist, hofft man, daß noch weitere Geleitzüge eintriften werden. „Politiken“ zufolge sind nach den bisherigen Meldungen bei der Versenkung des Geleitzuges 85 Menschen umgekommen.

Kopenhagen, 20. Oktober. Das dänische Bureau meldet aus Bergen: Hier trafen zehn Mann, darunter zwei Offiziere, von dem englischen Torpedojäger Rary Rose ein. Dem Vernehmen nach werden die Engländer, die wahrscheinlich die einzigen Überlebenden der verunglückten Besatzung der Rary Rose sind, nicht interniert, da sie von einem norwegischen Dampfer gerettet worden sind. Nachdem der Torpedojäger nach heldenmütigen Kämpfen als erstes Opfer der deutschen Kriegsschiffe gefallen war, glückte es zehn Mann, sich an zwei Rettungsbojen anzuheften. Das zufällig vorbeifahrende norwegische Schiff Silja rettete diese zehn Mann.

Kopenhagen, 20. Oktober. Die Admiralität teilt mit, daß die beiden britischen Torpedojäger Rary Rose und Strongbow in einem Gefecht mit zwei schnellfahrenden schwer bewaffneten deutschen Schiffen in der Nordsee versenkt wurden.

Der Seekampf bei Oesel.

Der Bericht der russischen Admiralität stellt über die Kämpfe am 16. Oktober fest: An den Kampfhandlungen nahmen von deutscher Seite teil: erstens in der Gegend von Tagelacht der Dreadnought Moltke, zwei Panzerschiffe der Kaiserklasse, wenigstens sechzig Torpedobootzerstörer, Minensucher und drei Unterseeboote, zweitens in der Gegend von Soelund und dem Westteil der Kassar-Wiek ungefähr zwanzig Torpedoboots, gegen zwanzig Minensucher, Kutter, Schalluppen und Transportboote, drittens im Golf von Riga zwei oder mehr Panzerschiffe der Admiralitätsklasse, sechs leichte Kreuzer, viele Torpedoboots, kleine Schiffe, sowie zwei Unterseeboote, viertens in der Ründung des Golfs von Finnland nordwestlich Dagerort drei Panzerschiffe der Kaiserklasse, ebenso wie ein drittes und viertes Geschwader, bestehend aus einer Gruppe von Dreadnoughts und zehn bis zwölf leichten Kreuzern. Das heißt also, es nahmen zwei Drittel der feindlichen Flotte an den Kampfhandlungen des 16. Oktober teil.

Berlin, 20. Oktober. Zur Unternehmung gegen Oesel erfahren wir weiter: Während die ersten Marinetruppen und Nachschubtruppen der Armee nach Niederbrennung von Toffri bei Parnaxort an Land gesetzt wurden, ging gleichzeitig der Hauptteil der Flotte in der Taggebucht zu Anker und landete hier eine größere Anzahl von Truppen, die im schnellen Vormarsch nach Süden die

Golbinsel Sworbe abzuschneiden

strebten. Nach Beendigung der Ausschiffung ging dieser Flottenteil nach Süden. Die Minensucherverbände mußten hier lange Zeit im Feuer der feindlichen Batterien auf der Halbinsel Sworbe arbeiten, bis die deutschen Kriegsschiffe die modernen 305-Millimeter-Geschütze bei Oesel niedergelassen hatten. Dann konnte während größerer Minensucherverbände das Fahrwasser von den zahlreichen russischen Minen säubert, der Vormarsch nach Osten auf Arensburg zu angetrieben werden. Die

Insel Rana

im Rigaischen Meerbusen wurde durch einen Offizier und 18 Mann, die auf schwimmenden Seeflugzeugen dorthin gebracht wurden, gewonnen. Ferner wurde die Insel Ahro besetzt und die militärischen und Hafenanlagen der auf dem Festland gelegenen russischen Stadt Pernau verschiedentlich von Luftschiffen mit einer großen Zahl Bomben belegt.

Nach der Eroberung von Arensburg durch die deutschen Truppen nahmen die in den Rigaischen Meerbusen eingedrungenen Teile der Hochseeflotte Kurs auf den

Südausgang des Moonsundes

und kamen hier mit den russischen Seestreitkräften in ein Gefecht, nachdem diese sich zunächst in den Moonsund zurückgezogen hatten. Hierbei wurde das russische Minenschiff Sawa durch Artilleriefeuer vernichtet und sank in der Nähe der im Moonsund liegenden Insel Schilau, während es dem Zeharowitsch, dem Bajan und den anderen russischen Seestreitkräften gelang, sich im Schuß ihrer Minensperren nach Norden zurückzuziehen. Die deutschen Minensuchverbände arbeiteten sich dann im Feuer der feindlichen Geschütze von Moon und Werder unter größten Schwierigkeiten nach Norden vor. Nachdem die Batterien von den deutschen Kriegsschiffen niedergelassen und vernichtet waren, drangen diese nach Säuberung des Fahrwassers bis Kuitwaß vor. Zu gleicher Zeit machten die deutschen Truppen auf Oesel, unterstützt von den Fahrzeugen des Regattenkapitän v. Rosenburg, den Uebergang nach der Insel Rana, die sie nach kurzer Zeit nahmen.



Russischer Bericht vom 19. Oktober. Im südlichen Teil des Moonsundes wechselten unsere Torpedoboots Schiffe mit dem Feinde. Zwei feindliche Torpedoboots flogen auf unseren Minensuchern in die Luft und versanken. Nach ergänzenden Nachrichten trafen unsere Minenschiffe im Verlauf des gestrigen Kampfes am südlichen Eingang des Moonsundes mehrmals die feindlichen Großkanonenschiffe und versenkten zwei feindliche Minenschiffe; gleichzeitig stieß ein feindliches Torpedoboot, das ein Vorpostengeschwader begleitete, auf eine unserer Minen und versank. Gestern Nacht wurden Zepeline im Rigaischen und Finnischen Meerbusen bemerkt, von denen einer auf die Stadt Pernau ungefähr zwanzig Bomben abwarf. Circa zehn Einwohner und viel Vieh wurden getötet.

Nichts gelernt!

Der erweiterte Vorstand der Deutsch-Konservativen Partei hat am Freitag im Weinhause Rheingold unter Leitung des Herrn v. Heydebrand eine Sitzung abgehalten und, wie berichtet wird, in völliger Übereinstimmung eine Anzahl Entschlüsse angenommen, die zeigen, daß diese Herren nicht gelernt sind, ihren Macht- und Herrschaftspunkt aufzugeben. Die erste Entschlüsse wendet sich gegen den „Berichtsfrieden“, wie die Konservativen den Bericht auf weiteres „Blutergießen“ nennen, bittet den Stankpunkt der konservativen Reichstagsfraktion und fordert „einen wahrhaft deutschen Frieden, der den ungeheuren gebrachten Opfern und unserer Volkskraft entspricht und eine Sicherung unserer Grenzen, einen Erfolg unserer Kriegsziele, sowie eine auf realen Grundlagen beruhende Gewähr für die aufstrebende Weiterentwicklung unseres Vaterlandes bietet.“ Die zweite Entschlüsse „weist den Versuch einer demokratisch gerichteten Reichstagsmehrheit auf Einführung des parlamentarischen Regierungssystems als einen Eingriff in die verfassungsmäßige föderalistische und monarchisch-konstitutionelle Grundlage des Deutschen Reiches mit Entschiedenheit zurück.“ Die dritte Entschlüsse betrifft die preussische Wahlreform und erklärt das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht als „ungeeignet“ für Preußen, weil es zu der „glorreichen Vergangenheit“ im Widerspruch stehe. Die vierte und letzte Entschlüsse macht für die „Vaterlandspartei“ Propaganda und ist namentlich entzückt über deren Forderung, die innere Reform zu verschleppen.

Die Antwort erteilen wir nicht. Sie wird von dem nicht in Weinsalalen tagenden Teil des Deutschen Volkes erteilt werden.

Das Mißtrauen gegen die Regierung Michaelis.

Wie die „Berliner Börsenzeitung“ mitteilt, hat außer dem fortgeschrittenen Abgeordneten v. Payer auch bereits der Zentrumsabgeordnete Trimborn mit dem Reichskanzler Rücksprache genommen und ihn über die Auffassung, die im Zentrum über die politische Lage und die aus ihr zu ziehenden Konsequenzen herrscht, nicht im Zweifel gelassen.

Die „Germania“ hat vor einigen Tagen erklärt, daß Herr Trimborn nicht von seiner Fraktion den Auftrag gehabt habe, dem Reichskanzler das Mißtrauen des Zentrums auszusprechen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß der Fraktionsvorsitzende Trimborn als Privatmann beim Kanzler gewesen ist.

Entrenchung der Kriegsteilnehmer!

Der „Frankfurter Zeitung“ wird zur preussischen Wahlreform aus Berlin gemeldet: „Eine reine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wird der Entwurf der Regierung allerdings nicht vorstellen, denn soviel man hört, ist das Wahlrecht wie in Ostpreußen an einen einjährigen Aufenthalt und an eine dreijährige Staatsangehörigkeit gebunden.“

Eine solche Bestimmung würde neben einer Entrenchung der weniger fechtenden Arbeitern vor allem auch eine Entrenchung der Kriegsteilnehmer bedeuten. Vom preussischen Dreiklassenhaus darf man allerdings nicht annehmen, daß es auf die Rechte der Kriegsteilnehmer besondere Rücksicht nehmen wird. Namentlich die Konservativen weisen ja auf Leistung und Verdienst der Kriegsteilnehmer um den Staat, wie ihre Ablehnung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Kriegsteilnehmer, die in der Ablehnung des gleichen Wahlrechts enthalten ist, klar beweist.

Staatssekretär v. Waldow über die Ernährungsaussichten.

Der Leiter des Kriegs- und Ernährungsamtes hielt am Dienstag, den 16. Oktober, eine Beratung über die gegenwärtige

Ernährungslage und die Aussichten für die Versorgung im laufenden Wirtschaftsjahr ab. Herr von Waldow, der Staatssekretär des Kriegs- und Ernährungsamtes, führte u. a. aus:

Das Gesamtergebnis der Ernte sei dergestalt, daß mit Zuversicht auf die Aufrechterhaltung der Volksernährung während des ganzen Erntejahres vertraut werden könne. Insbesondere könne man hoffen, daß solche schwere Zeiten, wie im vergangenen Winter und Frühjahr, nicht wieder eintreten werden. Zu verdanken sei dieses Ergebnis besonders dem Umstand, daß die Kartoffelernte besser zum Teil gut sei. Voraussetzung sei aber selbstverständlich, daß äußerste Sparsamkeit nach wie vor wolle.

Dem Vortrag folgte eine lebhaftige Aussprache. Oberbürgermeister Bernuth forderte die rechtzeitige Anlage von Notstandserreserven für Zeiten des Fehlens einzelner Lebensmittel. Ueber Maßnahmen zugunsten der Arbeiterbevölkerung sprach der Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Genosse Humbreit, der auch namentlich auf die Frage der Lebensmittelpreise einging.

Mit allerlei Mitteln über die Nahrungsmittelversorgung der nächsten Zeit wurde gestern im Kriegs- und Ernährungsamt den zu einer Besprechung zusammenberufenen Pressevertretern der Mund wässrig gemacht! Fischversorgung, Jüderversorgung und Milchversorgung waren die Hauptfragen, mit deren Verantwortung man uns unterhielt.

Die Fische sind knapp, weil die Hochseefischerei und die Einfuhr nachgelassen hat. An sich sind die Verbrauchsmengen nicht mal gering, aber aus begreiflichen Ursachen hat die Nachfrage sehr stark zugenommen, so stark, daß sie besonders in der kalteren Jahreszeit nicht befriedigt werden kann. Als Ersatz sollen wieder Ruscen auf den Markt kommen, wobei — so versichert man — die im vorigen Jahr beobachteten Miskstände sich nicht wiederholen werden. Verarbeitung zu Konserven, dem berühmten „Ruschfleisch“, soll möglichst unterbleiben. Für Freunde des Weihnachtstafelens war es ein „Tropf“ zu hören, daß er diesmal nicht fehlen wird. Aus der Binnenfischerei seien erhebliche Mengen zu erwarten.

Für den Zucker soll nächstens eine neue Verordnung ergehen. Sie bringt keine grundsätzlichen Änderungen, weil man meint, daß die frühere sich bewährt habe. Die Zuckermenge pro Kopf wird bei dem guten Ausfall der Rübenernte wahrscheinlich dieselbe wie bisher bleiben können, aber der Preis flattert weiter hinaus. Die andauernde Steigerung der Rübenernte führt jetzt zu einer Steigerung auch der Zuckerpriese, das ist die notwendige Folge. Erwartet wird eine Erhöhung des Kleinhandelspreises auf 35—40 Pfennig. Auch die Aussicht, gelegentlich Rohzucker hinzunehmen zu müssen, ist unerschrocken. Das Kriegs- und Ernährungsamt glaubt versichern zu können, daß in gesundheitlicher Hinsicht nichts gegen ihn einzuwenden sei. Große Mengen Zucker wird diesmal die Narmeladen- und Kunsthonigerzeugung erfordern.

Um die Versorgung mit Milch steht es bekanntlich recht übel. Dem Futtermangel ist es zuzuschreiben, daß die Milchzeugung so hart zurückgegangen ist. Angeachtet dieses Rückganges, sagte man uns im Kriegs- und Ernährungsamt, daß dort von dem Plan einer Verfügung der Futterration noch nichts bekannt sei. Große Erwartungen knüpft das Kriegs- und Ernährungsamt an die neue Milchverordnung, die in Kürze herauskommen wird. Daß Vollmilch vor Butter geht, ist ihr Hauptgrundsatz. Vollmilch sollte bisher rationiert werden und wurde es schon vielfach, künftighin aber muß sie rationiert werden, auch für Selbstversorger. Heberaß wird Vollmilchverkauf nur noch gegen Karten oder Listen gestattet sein. Zur Bekämpfung des Schleichhandels wird auch der Versuch einer Uebertragung der Vorschriften für strafbar erklärt werden.

Keine Fahrgehaltszuschläge in Bayern. Aus München wird amtlich gemeldet: Die bei den deutschen Staatsreisen ursprünglich in Aussicht genommenen Fahrgehaltszuschläge an Sonn- und Feiertagen und an den Nachmittagen der vorhergehenden Tage werden in Bayern nicht eingeführt. Die Staatsbahndirektion hofft von weiteren Einschränkungen des Personenverkehrs, insbesondere von der Einführung des Nachweises der Notwendigkeit von Reisen absehen zu können. Wenn das Publikum selbst sich die erforderliche Beschränkung auferlegt und alle Reisen, die nicht unbedingt nötig sind, unterläßt.

Letzte Nachrichten.

Amerikanischer Transportdampfer versenkt.

Washington, 20. Oktober. (Neuermeldung.) Das Kriegsdepartement teilt mit, daß der amerikanische Transportdampfer Antilles (6878 Br.-Reg.-T.) am 17. Oktober in der europäischen Kriegsgone torpediert und versenkt wurde. Das Schiff war auf der Heimreise begriffen. Von den 167 Personen an Bord sind 15 ertrunken. Das U-Boot blieb unsichtbar. Die Armer- und Marineoffiziere, die sich an Bord befanden, wurden gerettet. Von den Schiffsoffizieren sind drei umgekommen, von den 33 Soldaten, die an Bord waren, 16.

Lärm in der französischen Kammer.

Paris, 20. Oktober. Wie vorher Witter nachträglich zur letzten französischen Kammerung melden, stellte Laval die Frage an Painlevé: Ist es richtig, daß die Ergebnisse der Untersuchung über die Apriloffensive zuerst einigen Generälen wie Mangin und Rivelle gemeldet waren, für andere dagegen ungenügend lauteten? Ist es wahr, daß die Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums, die laut den Ergebnissen der Untersuchung mit in Betracht kam, auf Laval Painlevés abgeändert wurde? Wir haben hierüber nichts Genaueres erfahren können. Ein solches Vorgehen der Regierung ist unmöglich. Die Sozialisten können deshalb nicht für die Regierung stimmen.

Im Augenblick der Abstimmung kam es zu einem Zwischenfall, der schließlich zu Painlevés Mehrheit hat! beigetragen hat.

Labrous fragte: Ist es richtig, daß der Vertreter des Kriegsministeriums, Major Weidmann, ein Sohn deutscher Eltern ist? Die Frage löste im Saal ungeheure Lärm, Ausrufe und Proteste bei allen Parteien aus. Painlevé, der sich bisher, auch während seiner Rede, sehr gleichmäßig verhalten hatte, sprang auf und verlangte das Wort. Mit erhobener Stimme erklärte er: Weidmann, der Chef des Sekretariats des Kriegsministeriums, ist der Sohn eines hochgeachteten französischen Offiziers, dessen Weidner in der Marineflotte gefallen ist. Labrous wollte widersprechen, aber Painlevé rief in heller Entrüstung: Ich habe keine Worte, um diese unerhörte Verleumdung zu verurteilen, die heimtücklich hier uns sich greift und die ich sehr endlich fassen konnte. (Diesmal erhoben sich die Deputierten von allen Bänken und klatschten Beifall.) Dies war der einzige einmütige Augenblick der Kammer.

Bei der Abstimmung betrug die Zahl der Stimmenthaltungen 80 bis 80.

Der Angriff gegen Voilelli.

Paris, 20. Oktober. „Corriere della Sera“ meldet: Die republikanische und die reformsozialistische Kammergruppe haben eine Tagesordnung gegen die Regierung eingebracht.

Gegen die Werbetätigkeit der „Vaterlandspartei“ in den Gewerkschaften.

Es war vorauszusehen, daß die furchtbare Niederlage, die sich die famose „Vaterlandspartei“ im Reichstag geholt, keine dauernde Wirkung auf deren Gründer ausüben würde. Nach dem Motto: „Und mit du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ versucht man seit einiger Zeit, den wirtschaftlichen Druck mittels Vorgesetzter in den Großindustrien mobil zu machen. So berichtet die „Vergarbeiterzeitung“ vom 20. Oktober 1917 über eine recht merkwürdige Art von Werbetätigkeit der vorgeführten Betriebsbeamten für die „Vaterlandspartei“ im Bezirk Dortmund. Sogar vor der Arbeit sind die Kameraden angehalten worden. Der Jahresbeitrag sei „nur eine Mark“. Es wurde aber seitens dieser Beamten deutlich genug gesagt, auf die Beitragszahlung komme es nicht an, „wenn Ihr Euch nur in die Mitgliederliste einschreibt“. Bei dieser Agitation für die „Deutsche Vaterlandspartei“ wurde von den betreffenden Beamten nicht schlecht auf die „Scheidemänner“ und „Ursbergers“ geschimpft. Diesen Volkvertretern wurden die böswärtigsten Absichten gegen Deutschlands Zukunft nachgesagt! Auch in Sitzungen von Arbeiterausschüssen ist von Werksvertretern Stimmung für die „Deutsche Vaterlandspartei“ gemacht worden. Es wurde sogar gesagt, wenn es zu einem „sogenannten Verständigungsfrieden“ käme, würden die Vergleute „richtige Hungerleider“ werden. Die „Industrie“ sei dann „Japut“, die Steuerlasten wären nicht zu tragen usw. Beachtenswert ist, daß nun werksseitig im Betriebe parteipolitische Agitation der schärfsten Art getrieben wird! Das ist den Arbeitern immer streng untersagt worden, und es ist schon mancher Kamerad wegen „partei-politischer Agitation“ im Betriebe gemahnt worden!

Natürlich sind die Agitatoren für die „Deutsche Vaterlandspartei“ verschiedentlich „an die Unrechten“ gekommen und mußten erfahren, daß die Arbeiter politisch schon viel geschult sind, als die Herren Werksvertreter ahnen. Auch auf deren geschäftige Angriffe gegen die Gewerkschaften haben manche Kameraden treffliche Antwort gegeben.

Die „Vergarbeiterzeitung“ weist dann nach, daß unter den Hauptleuten der „Deutschen Vaterlandspartei“ sich so gut wie alle die Vertreter des Vergewaltigten befinden, die sich am hartnäckig-

sten weigern, die von den Vergarbeitergewerkschaften aller Richtungen erhobenen Arbeiterrechts- und Arbeiterfortschreitenden anzuerkennen! Dieselben Herren kämpfen mit aller Macht gegen die seit Jahren von den Vergarbeitern geforderten Reformen des Vergewaltigten und des Knappschaffs!

Nachdem bereits in einigen anderen Gewerkschaften (so z. B. bei den Gemeindefabrikanten in Breslau) ähnliche Versuche gemacht worden sind, durch die Vorgesetzten einen Druck auszuüben, um die Arbeiter für die unbegrenzten Kriegsziele einzufangen, läßt man jetzt noch andere „kleine Mittel“ spielen. So berichtet der „Gewerksverein“ vom 20. Oktober 1917 in einem geharnischten Appell gegen die Quertreiber, daß auch hier auf Arbeiter ein Gewissensdruck ausgeübt wurde. In Stolp i. P. ist sogar bei der Ankündigung der Gründung einer Ortsgruppe der „Vaterlandspartei“ mißbräuchlich der Ortsverband der Gewerksvereine genannt. Nach einem Referat des Abg. Weinhausen nahm der Zentralrat der Gewerksvereine zu diesem Vorkommnisse Stellung und beschloß unter Betonung der notwendigen Einigkeit des deutschen Volkes:

„Die „Deutsche Vaterlandspartei“ vermag der Zentralrat nicht als zweckdienliche Förderin der inneren Einigkeit anzuerkennen. Er sieht vielmehr in dem Auftreten dieser Partei, auch wenn sie angeblich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Anlaß zur Verschärfung der innerpolitischen Kämpfe. Da diese Partei ihre Werbetätigkeit auch in unsere Organisation hineinträgt, richtet der Zentralrat an alle Ortsvereine und Ortsverbände der Deutschen Gewerksvereine die dringende Aufforderung, alle Versuche der „Vaterlandspartei“ kraftvoll zurückzuweisen, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Glieder der Organisation als solche vor ihren Wagen zu spannen und sie für ihre, die Einigkeit zerstörenden Zwecke zu mißbrauchen.“

Das „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften“ hatte bereits vorher gegen ähnliche Versuche protestiert.

Daß kein Mitglied der freien Gewerkschaften den „Vaterlandsleuten“ ins Garn geht, darf als selbstverständlich angesehen werden. So ist die Abfuhr auf der ganzen Linie vollständig!

Parteinachrichten.

„Erkenne, was ist!“

Mit diesem Kernspruchlein bewarnt die Felden des Berliner „Mittelungsblattes“ eine höchst amüsante Blamage. In der vorliegenden Nummer hatten sie freudig wie der Trompeter von Säckingen geschmettert:

„Die Regierung des Herrn Michaelis hat den parlamentarischen Sturm glücklich überstanden, die Vaterlandsparteiler haben einen Triumph über die Reichstagsmehrheit davongetragen und diese Mehrheit selbst ist völlig in sich zerfallen. Alle sieben aber geschlossen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie.“

Nun ist dieses Urteil durch die letzten Reichstagsverhandlungen glänzend ad absurdum geführt. Die Regierung des Herrn Michaelis hat den Sturm nicht glänzend überstanden, sondern ist aufs tiefste erschüttert. Aber die Redakteure des „Mittelungsblattes“ versichern unter der Spitzmarke „Erkenne, was ist!“ unentwegt weiter, „daß sie nach wie vor an ihrem Urteil festhalten“, wozu der Wert eines so beschaffenen Urteils wirklich unklar zu erkennen ist.

Interessant ist, daß das vergnügliche Blättchen der Berliner Unabhängigen sagt, „daß sogar die „Leipziger Volkszeitung“ Herrn Ebert für seine Philippika gegen den Reichstagsler Lob spendete“.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Anlässlich der Einführung von 3,1 Millionen Mark neuer Aktien an der Berliner Börse teilt die C. Lorenz-A.-G. in Berlin in ihrem Prospekt mit: Die Gesellschaft fabriziert sämtliche Artikel, die in das Gebiet der Telephonie und Telegraphie fallen. Insbesondere werden hergestellt: Telephonapparate und Zubehörteile, Telephonvermittlungskreise, Telegraphenapparate, Ferndrucker, Eisenbahnsignale, Fernmelde- und Kohlpfeilerapparate. Ferner erstrahlt sich das Arbeitsgebiet der Gesellschaft auf die drahtlose Telegraphie und Telephonie.

Seit dem Jahre 1914 ist die Gesellschaft im wesentlichen mit der Erledigung der ihr von den Armee- und Marinebehörden erteilten Aufträge beschäftigt. Sie stellt hauptsächlich Kriegsmaterial her, ohne daß die für den Frieden in Betracht kommenden Erzeugnisse vernachlässigt werden.

Die Fabrikation erfolgt außer in dem gemieteten Hauptfabrikgebäude, Berlin, Elisabethufer 6/8, in den Mieträumen Reußlin, Rappachufer 48/51. Ferner ist das Gebäude Ritterstr. 31 gemietet worden, und endlich sind größere Räume im Hause Elisabethufer 44 mietweise erworben worden. Seit dem 1. September 1916 erfolgt die Fabrikation auch auf dem eigenen Grundstück der Gesellschaft in Berlin-Tempelhof. In Eberswalde bei Berlin unterhält die Gesellschaft ferner eine Versuchsanstalt für Radiotelegraphie.

Das im Jahre 1915 in Berlin-Tempelhof von der Gesellschaft erworbene Grundstück ist rund 30 000 Quadratmeter groß, wird an der südlichen Längsseite vom Teltowkanal, an der nördlichen von dem Hafenschliff der Reußlin-Mittenwalder Eisenbahn begrenzt und besitzt einen eigenen Eisenbahnananschluß sowie eine Verladestelle am Teltowkanal.

Die C. Lorenz-Aktiengesellschaft ist auf Grund vertraglicher Abmachungen an den Gewinnerträgen der Hochfrequenz-Radiotelegraphen-Aktiengesellschaft für drahtlose Telegraphie beteiligt.

Endlich gründete die C. Lorenz-Aktiengesellschaft im Juli 1917 zusammen mit der Telephonfabrik Aktiengesellschaft vorm. J. Berliner in Hannover in Wien unter der Firma Lorenzwerke eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand dieses Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen auf dem Gebiet der Elektrotechnik, Physik, Optik, Feinmechanik, Metallwarenfabrikation, des Maschinen- und Apparatebaues. An Dividenden verteilte die C. Lorenz-Aktiengesellschaft für die Geschäftsjahre 1912: 20 Proz. auf 1 400 000 M. Aktienkapital, 1913: 20 Proz. auf 1 400 000 M. und 5 Proz. Bonus, 1914: 25 Proz. auf 1 400 000 M. und 7 1/2 Proz. Bonus, 1915: 35 Proz. auf 8 000 000 M., 1916: 35 Proz. auf 4 500 000 M. Auch für das laufende Geschäftsjahr ist nach dem Geschäftsplan wiederum mit einem günstigen Ergebnis zu rechnen.

In der Aufsichtsratsitzung der Berliner Elektrizitätswerke am 20. Oktober wurde beschlossen, der auf den 20. November einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. gegen 7 Proz. im Vorjahre, in Vorschlag zu bringen. Der Vorstand berichtete über die befriedigende Entwicklung der den D. E. W. nahestehenden Unternehmungen und über die reichliche Geldfülle der Gesellschaft.

Jugendveranstaltungen.

Weißenhof. Arbeiterjugend. Samstagabend 1/8 Uhr findet im Jugendheim, Charlottenburger Str. 3, Ecke Lissastraße, ein künstlerischer Unterhaltungsabend statt.

Verantwortlich für Politik: Erik Richter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reußlin; für Inserate: Dr. Oede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Preis 2 Helagen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Beitrag und Unterstützungen im Holzarbeiterverband.

Die Vorlage des Verbandsvorstandes, welche eine neue Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage beabsichtigt, wurde am Freitag in der außerordentlichen Generalversammlung der zahlreichsten Berlin distrikt. Alle Redner aus den Reihen der Delegierten erklärten sich gegen die Vorlage. Sie meinten, in materieller Hinsicht bedeute die Vorlage eine Verschlechterung für die Mitglieder. Aber abgesehen davon, sei es nicht zu billigen, daß so weittragende Änderungen, wie sie der Verbandsvorstand vorschlägt, gerade in der gegenwärtigen Zeit durchgeführt, mit großer Beschleunigung zur Abstimmung gebracht werden sollen und zwar nicht durch einen Verbandstag, sondern durch Urabstimmung. Das sei ein Verfahren, welches im Verbandsstatut keine Stütze finde. Halte der Vorstand die Änderung des Beitrags- und Unterstützungswezens für so dringend, dann könnte er zur Erledigung derselben einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Das einzig richtige aber wäre, die ganze Angelegenheit bis nach dem Krieg zu vertagen, damit auch den im Felde stehenden Kollegen Gelegenheit gegeben werden könne, bei der Entscheidung dieser überaus bedeutungsvollen Sache mitzuwirken. Uebrigens würden sich nach dem Kriege die Verhältnisse (die nach Ansicht des Verbandsvorstandes die von ihm vorgeschlagenen Änderungen nötig machen) besser übersehen lassen. Die beabsichtigte Aufhebung der Lokalbeiträge und der lokalen Unterstützungen würde die Bewegungsfreiheit der Zahlstellen so stark beeinträchtigen, daß man sich des Gedankens nicht entschlagen könne, der Verbandsvorstand wolle die Gelegenheit benutzen, um seine Macht und seinen Einfluß zu umgestalten der Mitglieder zu stärken. — Den Rednern, welche eine unbedingte Ablehnung der Vorlage beantragt hatten, entgegenete O. L. O., daß mit diesem Antrage nicht der richtige Weg eingeschlagen werde, denn wenn die Delegierten der Zahlstelle auf dem Gantage für Ablehnung der Vorlage stimmen sollten, dann würden sie sich ja der Möglichkeit begeben, an einer Verbesserung der Vorlage zugunsten der Zahlstellen mitzuwirken und dann läge die Gefahr nahe, daß der Gantage die Vorlage mit den für die Bewegungsfreiheit der Zahlstellen ungünstigen Bestimmungen annehme. Das Recht der Zahlstellen, Votalsbeiträge zu erheben und örtliche Unterstützungen zu zahlen, müsse aufrecht erhalten werden.

Durch einen Beschluß erklärte sich die Versammlung für Ablehnung der Vorlage und Vertagung der Angelegenheit bis nach dem Kriege.

Rusland.

Zum Verner internationalen Gewerkschaftskongress.

Sie werden auf einen Irrtum aufmerksam gemacht, der in unserem kurzen Bericht über die Eröffnungssitzung des Kongresses („Vorwärts“ vom 4. Oktober) enthalten war. Es ist dort von einem „Schreiben des belgischen und englischen Gewerkschaftsbundes“ die Rede. Die beiden Schreiben der Engländer und Belgier, die zur Verlesung kamen, haben aber nichts miteinander zu tun.

Im belgischen Brief hieß es wörtlich: „In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, in welchen wir gegenwärtig leben, erklärt die Gewerkschaftskommission, an dieser Konferenz sich nicht vertreten lassen zu können und zu wollen und besonnen außerdem jede Person, die an der Konferenz in ihrem Namen erscheinen oder sprechen würde.“ Ausfälle gegen Deutschland waren im belgischen Schreiben keine enthalten. Es wurde denn auch dieses Schreiben von der Konferenz lediglich zur Kenntnis genommen. Auch Genosse Bauer hat sich in seiner Polemik nur mit England, nicht mit Belgien befaßt.

Wir berichtigen diese Vermutung durch ein Mißverständnis auszu klug gehaltener Telegrammangaben entstandenen Irrtümer natürlich gern und bedauern, erst jetzt auf sie aufmerksam gemacht worden zu sein.

Die kolonialen Arbeitskräfte in Italien.

Die Arbeitskammern (Gewerkschaften) Italiens hatten sich an das Munitionsministerium um Auskunft darüber gewandt, womit die Anstellung von indischen Arbeitskräften in Rüstungsbetrieben begünstigt werden kann. Das Munitionsministerium antwortete, daß alle Vorfrage getroffen wäre, die Einstellung der kolonialen Arbeitskräfte in Munitionsbetrieben und in der Marine nicht zur Konkurrenz für die einheimischen Arbeiter werden zu lassen.

Von den böhmischen Textilarbeitern.

Die im August begonnene Lohnbewegung der Textilarbeiter im Reichenberger Bezirk, die von der Union der Textilarbeiter Österreichs eingeleitet war, ist mit gutem Erfolg abgeschlossen worden. An der Bewegung waren ungefähr 10 000 Arbeiter beteiligt. Es wurden im allgemeinen 20 bis 30 Proz. Lohnzulage erreicht, nachdem die Unternehmer sich zunächst nur auf 15 Proz. einlassen zu wollen erklärten. In 21 von den 48 in Betracht kommenden Betrieben wurden die Forderungsschüsse der Arbeiterschaft anerkannt.

A. WERTHEIM

Handarbeiten

- mode, Ripstoff, vorgezeichnete
- Decken 65 cm, rund 7.50
- Decken 85 cm, rund 10.50
- Kissen 42/60 cm 8.00
- Kaffeewärmer 6.00
- grau, starkfädiger Stoff
- Decken 85/85 cm, eckig 9.00
- Läufer 40/140 cm 7.50
- Nächtischdecken 50/100 cm 4.50
- Kissen mit Rückwand 7.50

- braun, Ripstoff, vorgezeichnet
- Decken 85/85 cm, eckig 7.50
- Kissen mit Rückwand 7.00

- weiß, starkfädig Leinen
- Decken 80/80 cm, eckig 7.50
- Kissen 42/60 cm 6.50

Galanterie u. Lederwaren

- Rauchgarnitur Eisen, 4teilig m. Glaseinsatz 7.50
- 5teilig mit Glaseinsatz und Licht 9.75
- Schreibzeug Metall, schwarz lack. m. 2 Tintenfassern und Federrulle, 17 cm lang 1.50
- Kartenständer Metall, schwarz lack., 3 Bügel 1.10
- Zuckerkorb versilb. innen goldf. m. Glaseins., 11 cm D. 2.50
- Schreibtischuhr grau Marmor, gut geh. Werk m. Steinguteinl., Blumendekor. u. Korbrand, 16 cm Durchm. 6.00
- Kannenuntersatz m. Steinguteinl., Blumendekor. u. Korbr. mit Griffen, 34 cm Durchm. 2.25
- Tablett, rund Steinguteinlage, Blumendekor. u. Korbr. mit Griffen, 34 cm Durchm. 7.50
- Tablett, oval Steinguteinlage, Korbr. und Griffen, 44 cm Durchm. 11.00

- Elektr. Taschenlampen
- Normales Format, von 2.50 bis 5.00
- Kl. Format f. Damen 3.75 bis 4.00
- Militär-Taschenlampen
- sum anknöpfen, von 3.50 bis 6.00

- Geldtaschen in verschied. Ausführungen für Damen und Herren 1.50, 1.90, 2.85, 3.50, 4.25
- Geldtaschen f. Papier u. Münzen in Leder f. Damen 1.90, 3.75 f. Herren 4.50
- Taschen für Papiergeld verschied. Ausführungen 0.95 Leder 3.50
- Zigarren-Taschen ineinander zu schieben 1.90
- Brieftasche mit Papiergeldeinteil 2.25
- m. 5 Taschen u. einer Geheimtasche mod. Form mit Falten 3.00
- Damenhandtasche mit Falten 4.75
- mit Überschlag, Leder 9.00
- mit Vortasche, Leder 8.75, 10.50

- Lunten-Feuerzeuge 45 P. 1.25
- Operngläser Perlmutter und schwarz Leder, in großer Auswahl
- Barometer versch. Ausfüh. v. 7.75 an
- Fenster- u. Zimmerthermometer

Dekorations-Porzellan

- Thüring. Porzellan Figuren usw.
- Kopenhagener Art Tiere, Vasen und Schalen
- Meißener Art Gruppen u. Figuren Schwarzw. Topferei.

Uhren

- Stahl-Herren-Uhren Ankergang von 25.00
- Silb. Herren-Uhren Zylindergang von 35.00
- Silb. Herren-Uhren Ankergang von 48.00
- Tula-Herren-Uhren Ankergang von 55.00
- Gold. Damen-Uhren Zylindergang, 14 Karat von 48.00
- Gold. Herrenuhren offen, Ankergang von 120.00
- Gold. Herrenuhren mit Deckel, Ankergang, von 310.00